

WÖRAN

Inhalt

Europawahlen 1989

Seiten 2 und 3

Vor 200 Jahren:
Beginn der Französi-
schen Revolution

Seiten 6 und 7

SDAJ-
Bundeskongreß
Seite 5

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 112 - Juli/August 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Arbeiterereinheit gegen Repps und Kapital

Zwei Millionen Bundesbürger haben den „Republikanern“ bei den Europawahlen ihre Stimme gegeben. Schönhuber bietet scheinbar einleuchtende Lösungen für die Probleme der „kleinen Leute“ - schlechte und teure Wohnungen, Armut oder Arbeitslosigkeit.

Das Selbstwertgefühl, das heutzutage am Arbeitsplatz, auf dem Arbeits- und Sozialamt oder bei der Wohnungssuche zerstört wird, sollen wir durch den deutschen Nationalstolz und die Ausgrenzung von ausländischen Arbeitern und Asylbewerbern wiedergewinnen. Dieses Ablenkungsmanöver nützt nur den Unternehmern und trotz aller moralischen Empörung letztlich auch den Regierungsparteien. Wer ist verantwortlich für die Wohnungsnot in den Ballungsräumen? Es

liche Kontrolle geführt werden. Dann könnte ein umfassendes staatliches Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm umgesetzt werden. Und zwar für alle - Einheimische wie Aussiedler. Allein aus den riesigen Gewinnen der Banken und Versicherungen, die in

gewiegelt. Für Rüstungslobby und Atom-Mafia werden dagegen enorme Summen locker gemacht: Milliarden für die Atomwirtschaft, nachdem schon bei den Flops von Wackersdorf, Kalkar und Hamm-Üntrop 14 Milliarden DM an Steuergeldern verbraten wurden; 100 Milliarden für den Jäger

Alter schufteten. Damit wollen die „Republikaner“ „günstige privatwirtschaftliche Bedingungen für einen möglichst hohen Beschäftigungsstand“ schaffen.

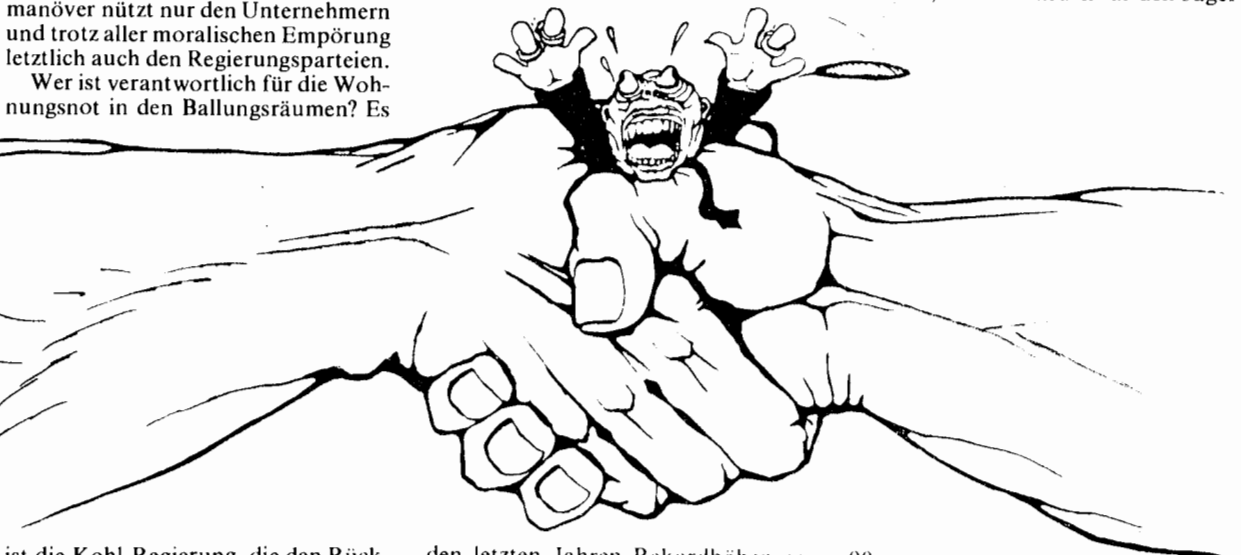
Spaltungsversuch

Wie günstig sollen die Bedingungen für die Kapitalisten eigentlich noch werden? Die deutsche Chemieindustrie steigerte 1988 ihre Gewinne um 25%, dagegen wurden nur 0,6% neue Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit allein 1988 um 10,5% auf 459 Milliarden gestiegen. Ohne die Umverteilung dieses Reichtums von oben nach unten wird keines unserer Probleme gelöst. Schönhuber will dagegen die Ausländer zu Sündenböcken machen und die Reichen reich lassen. Er stützt sich schließlich auch bei der Finanzierung seiner Wahlkämpfe auf Bürgschaften von Unternehmern.

Genau wie die „gemäßigten“ Ausländerfeinde von CDU und FDP wollen die „Republikaner“ von den wahren Ursachen der Krise des kapitalistischen Profitsystems ablenken und die Arbeiterschaft spalten. Sie sollen sich stattdessen mit Flüchtlingen aus Polen oder Sri Lanka und mit türkischen Kollegen um den knappen Wohnraum und die fehlenden Arbeitsplätze streiten.

Nicht der Asylbewerber aus Sri Lanka oder der Aussiedler aus Polen hat den sozialen Wohnungsbau absterben lassen. Weder sie noch die türkischen Kollegen verursachen Massenentlassungen. Aber sie alle können und müssen mithelfen, Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden und weniger bei vollem Lohnausgleich, einen Mindestlohn von 1500 DM netto und genügend billigen Wohnraum für alle zu erkämpfen.

Ulf Petersen, Köln
Jungsozialist



ist die Kohl-Regierung, die den Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau und die den Abbau der Mieterrechte zu verantworten hat. Und wer kontrolliert den Wohnungsbau tatsächlich? Die Banken, Versicherungen und Baukonzerne entscheiden darüber, ob es profitabel genug ist, in Baumaßnahmen zu investieren. Während bei knappem Angebot die Mietpreise steigen, verdienen sich Miethäie und Makler daran eine goldene Nase. Es ist ein Widerspruch, daß auf der einen Seite in den 80er Jahren hunderttausende Bauarbeiter ihren Arbeitsplatz verloren, während auf der anderen Seite der Bedarf an gutem und preiswertem Wohnraum stieg.

Aber das genau sind die Folgen der sogenannten „freien Marktwirtschaft“, in der nur die Höhe des Profits entscheidet und nicht die Bedürfnisse der Menschen. Wo Wohnungen wie Handelswaren behandelt werden, ist das mit dem Anspruch auf angemessenen Wohnraum für alle nicht vereinbar. Deshalb müssen Banken, Versicherungen und Baukonzerne verstaatlicht und unter demokratische gesellschaft-

den letzten Jahren Rekordhöhen erreichten, ließe sich dies finanzieren. Durch Kontrolle über Baupreise und Kreditvergabe könnten die Mieten erschwinglich gehalten werden.

Scheinlösung

Doch was bietet Schönhuber an? Im Programm der „Republikaner“ wird die freie Marktwirtschaft gepriesen und der Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Aktivitäten gefordert. Er lenkt den berechtigten Zorn der Wohnungssuchenden lieber auf Ausländer und Aussiedler - und damit weg von den wahren Ursachen.

Er selbst hat übrigens kein Wohnungsproblem. Im Gegenteil, er besitzt als komfortable Zweitwohnung eine Villa in der Türkei. (Dort scheint er auch nichts gegen türkische Nachbarn zu haben.) Mit seiner Strategie ist Schönhuber auch gar nicht weit von der Politik der Kohl-Regierung entfernt. Die fördert nämlich - mit ein paar Almosen - den Bau von Wohnungen ausschließlich für Aussiedler. Damit werden einheimische gegen auswärtige Wohnungssuchende auf-

90.

Ähnlich sieht es beim Problem der Arbeitslosigkeit aus. Über Massenentlassungen und Fabrikschließungen entscheiden die Kapitaleigner und die von ihnen bezahlten Manager nach Profitgesichtspunkten. Nicht türkische Stahlarbeiter, sondern die Herren Cromme & Co. haben das „Aus“ für Rheinhausen beschlossen.

Und was hat Schönhuber dazu zu sagen? Er sieht das Problem vor allem bei den Ausländern - und bei den Arbeitslosen selbst. Im Programm der „Republikaner“ heißt es, daß sie auf die „Mobilität von Arbeitssuchenden bestehen“, die Arbeitsämter sollen „unter Anlegung strenger Maßstäbe und unterstützt durch die Arbeitsgerichtsbarkeit vorgehen“ und nur „in besonderen Härtefällen“ sei eine „Unzumutbarkeit des Arbeitspostens“ zuzulassen, die „Lebensarbeitszeit“ sei „nicht zu begrenzen“.

Das werden die Unternehmer gerne hören. Die Arbeiter sollen ihrem Arbeitsplatz quer durch die Republik hinterherziehen, mit miesen Bedingungen zufrieden sein und bis ins hohe

CHINA - siehe hierzu die Seiten 8 und 9



Von Mitte April bis Anfang Juni wurde die Welt Zeuge einer der eindrucksvollsten Massenbewegungen gegen die Diktatur der Bürokratie in einem stalinistischen Land, in China. Sie endete in einer brutalen, blutigen Niederlage. Aber das wird nicht das Ende der Bewegung sein: Das Frühjahr 1989 wird als der Beginn der politischen Revolution in China in die Weltgeschichte eir



Der Kommentar

SPD-Wahlkampf

Statt schweigen - handeln!

In der ARD-Wahlsendung am Abend nach der Europawahl zeigte SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs sich enttäuscht vom Wahlergebnis für die SPD. Sie vermutete den Grund hierfür in der Tatsache, daß die Positionen der Partei bei den Menschen wohl „nicht so rübergekommen“ seien - so als sei alles nur eine Frage der Marketingstrategie.

Wie eine Marketingkampagne für irgend ein beliebiges Produkt war der Wahlkampf auch diesmal wieder aufgezogen worden. Die Wahlparole hätte genauso gut von der CDU oder vom Verband der Zigarettenindustrie sein können. Denn was sagt „Wir sind Europa“ schon aus? Gar nichts.

Europa-Euphorie

Wer wissen wollte, wie die SPD-Führung zu den geplanten Entwicklungen in Europa steht, der erfuh aus Plakaten und Anzeigen nicht viel, außer daß Europa „ein neues Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ werden kann, „Denn wir alle gemeinsam, wir sind Europa“. Auch in ihren Wahlkampfproschüren, Wahlveranstaltungen und Werbespots verbreitete die Parteiführung eine Europa-Euphorie, wie sie den bürgerlichen Parteien in keiner Weise nachstand. Ein europäischer Binnenmarkt sei nötig, damit „wir“ konkurrenzfähig bleiben.

Viele Menschen hier im Land haben allerdings schon am eigenen Leibe erfahren, was diese „unsere“ Konkurrenzfähigkeit für sie bedeutet: Flexibilisierung (Sonntagsarbeit, verlängerte Ladenschlußzeiten), Rationalisierung verbunden mit Entlassungen, bis hin zu Betriebsschließungen. Wer also gegen das Europa der Konzerne stimmen wollte, fand innerhalb der Linken keine Partei, die dies konsequent vertrat.

Spitzenkandidat Gerd Walter bescheinigte zwar, daß für die Union der Binnenmarkt die Hintertür zum Sozialabbau sei. „Wir sagen ja zu Europa, aber bitte sozial. Mit uns gibt es keine Harmonisierung nach unten.“ Wie die drohenden Angriffe auf die europäischen Arbeiter abgewendet werden sollen, darüber erfuh man nichts. Und auch das Verhalten der Parteiführung in der Vergangenheit gibt nicht zu übertriebenen Hoffnungen Anlaß - man denke nur an Rheinhausen.

Sowohl im Europäischen Parlament als auch vor Ort in der Bundesrepublik arbeiten die Sozialistischen Fraktionen mit den Vertretern des Kapitals in den einzelnen Regierungen zusammen. So wurde erst kürzlich gemeinsam mit der CDU/FDP-Koalition der Rentenkompromiß verabschiedet. Gescher wurde offiziell zu seiner Außenpolitik beglückwünscht. Warum sollte man unter diesen Umständen noch SPD wählen?

Das andere, diesen Wahlkampf bestimmende Thema, nämlich die rechtsextremen Parteien, wurde inhaltlich überhaupt nicht aufgegriffen. Die Parteiführung hatte sich wohl auf die Strategie des „Totschweigens“ geeinigt - nur daß die Rechtsextremen einfach nicht den Mund hielten. Nur gegen Ende des Wahlkampfes wurde dieses Schweigen gebrochen, z.B. mit Anzeigen wie „Schwarzbraun ist die taube Nuß“. Das zeigt deutlich: Aus den Analysen über die Gründe für die Wahlerfolge z.B. der Republikaner seit Berlin sind von Seiten der SPD-Führung keinerlei Schlußfolgerungen gezogen worden. Den Problemen, die manchen dazu bewegten, rechtsextrem zu wählen - Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, allgemeine Perspektivlosigkeit - kann man nicht durch Totschweigen, sondern nur durch Handeln begegnen.

Völlig verfehlt ist es da, eine noch engere Zusammenarbeit mit den Mitverursachern der Misere, nämlich der CDU, zu suchen, um die Reps zu bekämpfen, wie es u.a. Gerhard Schröder vorschlägt. Und die Äußerungen von Lafontaine, er sehe die Erfolge der Rechtsextremen mit einem weinenden und einem lachenden Auge (weil sie Stimmen von der CDU/CSU abziehen), sind skandalös. Abgesehen davon, daß Lafontaine mit dieser Aussage darüber hinweggeht, welche Gefahr rechtsextreme Organisationen für die Arbeiterorganisationen, also auch für die SPD darstellen - die Regierungskoalition zu stürzen muß Aufgabe der SPD sein!

Bis zur nächsten Bundestagswahl liegen noch einige Wahlen vor uns. Die SPD-Führung muß endlich aufwachen, Profil zeigen als die Partei, die die Interessen der arbeitenden Klasse vertritt und so als einzige eine wirkliche Alternative darstellt. Die SPD-regierten Länder und Kommunen müssen damit anfangen, indem sie z.B. durch massive soziale Wohnungsbauprogramme zeigen, daß sie die Probleme der Bewohner ernst nehmen. Es werden sich in jeder Stadt Projekte finden, die zugunsten eines derartigen Programms zurückgestellt werden können - z.B. Subventionen für kapitalistische Unternehmen, Bau von Prestigeprojekten u.ä.

Druck von unten organisieren

Allerdings werden wir uns darauf einstellen müssen, daß die Parteiführung derartiger Schritte nicht ohne massiven Druck von unten durchführen wird. Dies bedeutet, daß wir eine innerparteiliche Kampagne in diese Richtung führen müssen. Wir müssen gleichzeitig Material mit Argumenten gegen die Rechtsextremen herausbringen, intensiv verbreiten und diskutieren - bei Veranstaltungen, Straßenaktionen, gezielten Hausbesuchen in den Gebieten, in denen die Republikaner hohe Stimmengewinne hatten. Aber letztenendes werden nicht die Argumente überzeugen, sondern nur die politische Praxis in den Bereichen, in denen die SPD die Mehrheit hat.

Europawahlen 1989

CDU verliert, SPD gewinnt nicht

Zulauf zu Rechts-extremen mit linker Politik stoppen!

Die Europawahl-Ergebnisse haben den Trend vorangegangener Wahlgänge bestätigt: Die Unionsparteien erlitten drastische Verluste, doch die SPD profitiert kaum oder gar nicht davon; stattdessen gelingt es den kleinen Parteien, vor allem den Republikanern, Protestwähler zu erreichen.

Heißt das, daß in der Gesellschaft ein Rechtsruck stattfindet? Was sind die Ursachen für diese Entwicklungen und was drückt sich in den Wahlergebnissen aus?

Zunächst muß man sich klarmachen, daß das allgemeine Wahlrecht in der bürgerlichen Demokratie - alle vier bis fünf Jahre ein Kreuz hinter den Namen einer Partei zu setzen - den Wählern natürlich nur eine äußerst beschränkte Ausdrucksmöglichkeit ihres politischen Willens bietet. Festzuhalten bleibt aber, daß die Regierungsparteien (außer der FDP, die bei den Europawahlen geringe Zuwächse verzeichnen konnte) bei allen Wahlen der letzten Zeit massiv verloren haben. Dies zeigt die wachsende

halb, weil sie von den beiden großen Parteien mit Samthandschuhen angefaßt wird. Aber auch ihr als kleiner Partei des großen Kapitals fällt die liberale Maskerade zum Ködern der Wähler immer schwerer.

Dies sind die Hintergründe (z.B. abzulesen am „Dauer-Umfaller“ FDP-Justizminister Engelhard bei der Verschärfung von Gesetzen zu „innerer Sicherheit“ oder zum Asylrecht) der unionsinternen Flügelkämpfe, der Kabinettsumbildung im April und der ständigen Querelen zwischen den

benachteiligten Schichten, die in den letzten Jahren an den Rand des Existenzminimums gedrückt wurden, vor allem in Arbeitervierteln mit schlechter Wohnqualität.

Bei den Europawahlen kam - abgesehen davon, daß sie sich generell eher zur „Denkzettel“-Stimmabgabe eignen - wohl noch ein weiterer Grund hinzu: Die Reps waren die einzige Partei, die im Wahlkampf unzweideutig gegen Europa und den EG-Binnenmarkt Stellung bezogen, natürlich mit nationalistischen Argumenten. Die EG-Landwirtschaftspolitik, die voll und ganz die Interessen der Großagrarier vertritt, hat zum Untergang zahlreicher landwirtschaftlicher Kleinbetriebe geführt. In der BRD sterben täglich Höfe; viele stehen am Rande des Ruins. Gerade diese Wähler, die bei der Europawahl 1984 aus Desinteresse oder Ablehnung zu Hause geblieben waren, hatten dieses Mal die Möglichkeit, mit der Wahl der Reps eine Proteststimme gegen die EG abzugeben.

Protest gegen die EG

Schönhuber ist im Wahlkampf auch demagogisch gegen die „Euromultis“ zu Felde gezogen, und konnte damit die (berechtigten) Ängste aufgreifen, daß vom EG-Binnenmarkt - den die großen Parteien bejubeln - für den „kleinen Mann“ nicht viel Gutes herauskommt, vielmehr Abbau von Arbeitsplätzen und sozialen Standards zu erwarten ist.

In der Anti-EG-Propaganda liegt vielleicht eine Erklärung dafür, daß die Reps einen hohen Anteil von früheren Nicht-Wählern erhielten. Wählerwanderungsanalysen von INFAS ermittelten, daß sie rund 900.000 ihrer ca. 2 Mio. Stimmen von Leuten erhielten, die 1984 zu Hause geblieben waren. Ein weiteres Indiz ist der weit über dem Durchschnitt liegende Rep-Wähleranteil in Bayern und Baden-Württemberg; hier gab es auch den größten Sprung nach vorn in der Wahlbeteiligung.

Im linken Lager gab es - von skurrilen Polit-Sekten abgesehen - keine Möglichkeit, eine Stimme gegen das Europa der Konzerne und den Binnenmarkt abzugeben. Die SPD verbreitete Europa-Euphorie; Grüne (entgegen ihrem Programm) oder auch DKP wandten sich in ihrer Wahlwerbung ebenfalls nicht grundlegend gegen den EG-Binnenmarkt, sondern betonten lediglich die Notwendigkeit sozialer bzw. ökologischer „Abfederung“.

Mit einer linken Alternative gegen den Nationalismus der Reps, aber auch gegen den EG-Binnenmarkt, d.h. für ein sozialistisches Europa im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, hätte die SPD viele der Protestwähler erreichen können, die sich jetzt im Lager der Reps wiederfinden.

Ausländerfeindlichkeit

Den Wählern der Reps aus den verschiedenen sozialen Schichten ist gemeinsam, daß sie Ausländer, Asylbewerber und Aussiedler für die Verursacher allen Übels halten, für diejenigen, die ihnen etwas „wegnehmen“ würden: Wohnungen, Arbeitsplätze, soziale Zuwendungen. Auf der Hetze gegen alles „Auswärtige“ basiert die Propaganda der Reps hauptsächlich. Daß sie auf einer inzwischen immer stärker werdenden Welle von Vorurteilen gegen Ausländer reiten können, ist vor allem auch der entsprechenden „Vorarbeit“ der bürgerlichen Parteien



Besonders auch in Siedlungen mit schlechter Wohnqualität bekamen die Rechtsextremen viele Stimmen

Unpopularität der Regierung. Selbst diejenigen Wähler, die womöglich in der Hoffnung auf eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik noch 1987 CDU gewählt haben mögen, tragen deshalb noch lange nicht eine Politik des Abbaus sozialer Standards und demokratischer Errungenschaften mit, sind empört über Gesundheits-, Post- oder Renten-„Reform“.

Daß die Bundesregierung von einer inneren Krise in die nächste stolpert und einen Zick-Zack-Kurs fährt (z.B. erst Propagierung, dann Rücknahme der Wehrdienstverlängerung), liegt vor allem am Druck dieser wachsenden Unzufriedenheit, weniger an der Dummheit der Kabinettsmitglieder, obwohl dort offensichtlich nicht gerade die klügsten Köpfe des bürgerlichen Lager versammelt sind.

Unpopularität der Regierung

Die Unionsparteien sind hier in einer besonders prekären Lage. Als tatsächliche „Volksparteien“ reicht ihre Mitgliederstruktur von den sogenannten Sozialausschüssen bis zum Wirtschaftsrat, über Vertriebene, Mittelstand, Landwirte und kleine Selbständige. Die Wählerschichten umfassen eine ähnliche Bandbreite, einschließlich politisch weniger bewußter Teile der Arbeiterklasse. Der politische Spagat, nämlich Kapitalinteressen durchzusetzen ohne allzugroße Wählerverluste hinnehmen zu müssen, wird zunehmend zur Zerreißprobe.

Die FDP war zwar bei der Europawahl leicht im Aufwind, vor allem des-

Koalitionsparteien, die sich mit näher rückendem Termin der Bundestagswahlen noch verschärfen werden. Dabei geht es allerdings keinesfalls um prinzipielle, sondern um taktische Meinungsverschiedenheiten.

SPD-Ergebnisse enttäuschend

In Anbetracht dieser wohl schwächsten Bundesregierung der Nachkriegszeit ist das schlechte Abschneiden der SPD umso bemerkenswerter. Wieviele mäßige Wahlergebnisse braucht die Parteiführung eigentlich noch, bis ihr dämmert, daß mit Inhalt und Strategie etwas nicht stimmen kann? (Siehe hierzu auch Kommentar) Bei der Europawahl gelang es der SPD lediglich, rund 400.000 Stimmen von der CDU zurückzugewinnen (laut Infas). Die Republikaner zogen demgegenüber rund 750.000 Stimmen von der CDU ab.

Den Zuwachs der Republikaner einfach mit einem allgemeinen Rechtsruck in der Gesellschaft zu erklären, greift entschieden zu kurz. Man muß genau unterscheiden zwischen den Mitgliedern und Aktivisten dieser Partei (die sich in der Tat aus Rechtsextremen, Alt- und Neonazis zusammensetzen) und den Wählern. Hier erhalten die Reps vorwiegend aus zwei sozialen Schichten der Gesellschaft Zulauf. Zum einen aus den klassischen kleinbürgerlichen Schichten, nämlich von kleinen Gewerbetreibenden und vor allem von Landwirten. Zum anderen - in den städtischen Ballungszentren mit Wohnungsnot - von den sozial

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

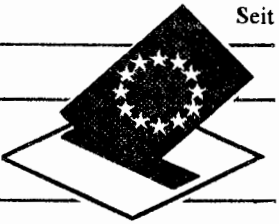
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26-28, 4300 Essen 11

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430



Europawahlen 1989

und der Regierung zu verdanken. Ausländer werden zu Sündenböcken gemacht, um von den wahren Ursachen der Probleme abzulenken. Nicht die Ausländer nehmen Arbeitslosen den Arbeitsplatz weg, sondern die Jobkiller in den Konzernetagen. Nicht die Aussiedler haben Wohnungsnot zu verantworten, sondern die Bundesregierung, Wohnungsbaukonzerne und Spekulanten. Die Milliarden-Subventionen fließen nicht in die Taschen der Asylbewerber, sondern der Unternehmer, die Rekordgewinne und Zuwendungen aus der Staatskasse einstreichen.

„Demokratische Bündnisse“?

Doch auch die SPD-Führung erklärt diese Ursachen der Probleme nicht. Durch Äußerungen führender SPD-Politiker gegen den Aussiedler-„Zustrom“ vermittelt auch sie den Eindruck, daß dies nicht mehr „verkräftbar“ sei.

SPD-Parteilinke und Grüne verlegen sich auf moralische Ermahnungen nach dem Motto „Seid nett zueinander“. Nicht wenige Linke appellieren sogar an „alle demokratischen Parteien“, also auch an die Regierungsparteien, ein Bündnis gegen die Repts zu schließen! Doch wie kann man ernsthaft mit Parteien die Repts bekämpfen, die Ausländerhetze betreiben, die ein Interesse an Sündenböcken haben und gerade für diejenigen Politik betreiben, die die eigentlichen Verursacher von Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot sind?!

Wir sind Europa

Fortschritt nur mit uns.

SPD

Wahlkampfslogan der SPD: Wieviele mäßige Wahlergebnisse braucht die Parteiführung eigentlich noch, bis sie merkt, daß mit Inhalt und Strategie etwas nicht stimmen kann?

Die Stimmenzuwächse der Repts haben ihre Ursache nicht im angeblich „faschistoiden“ Denken der Deutschen, sondern in handfesten materiellen Problemen, die man nicht mit klugen Sprüchen, sondern nur mit prakti-

scher Politik im Interesse der Arbeiter, Arbeitslosen usw. bekämpfen kann, d.h. mit einer Politik gegen das Kapital – also gerade nicht mit rechter Politik. Darum geht die häufig geführte Debatte darüber, ob die CDU noch weiter nach rechts rutschen müsse, um Rep-Wähler zu binden, völlig am Kern der Sache vorbei.

Bundesländern vor der CDU, insbesondere auch in Niedersachsen. Wenn nicht erneut – wie leider 1986 – ein inhaltsloser Personenwahlkampf geführt wird und wenn eine Anbiederung ans bürgerliche Lager unterbleibt, dann kann die SPD dieses Bundesland bei der Landtagswahl 1990 endlich zurückerobern und damit auch die Mehrheit im Bundesrat.

Auch für die Landtagswahlen in NRW und im Saarland 1990 lassen die Europawahlergebnisse hoffen, daß die absoluten Mehrheiten gehalten werden können. Dies wären dann insgesamt gute Voraussetzungen für einen SPD-Sieg bei den Bundestagswahlen Ende 1990, selbst dann, wenn der derzeitige Wirtschaftsaufschwung bis dahin noch anhalten sollte und die Regierung sich vorher noch ein paar Wahlgeschenke leisten könnte.

Oppositionspolitik

Allerdings kann nicht genug betont werden, daß dies einzig und allein von Programm und Wahlkampfstrategie der SPD-Führung abhängt. Sie muß ihre Angebote zur Zusammenarbeit mit der Regierung einstellen (wie zuletzt in der Renten- und Außenpolitik).

Sie muß eine konsequente Oppositionspolitik betreiben und klare Alternativen anbieten.

Schon Ende der 60er Jahre war Rechtsradikale (damals die NPD) teilweise erstarkt und saßen in mehrerer Länderparlamenten. Die Reformpolitik der SPD-geführten Regierung Anfang der 70er Jahre hat ihnen den Boden entzogen. Doch seit den Wirtschaftseinbrüchen und der hohen öffentlichen Verschuldung ist eine dauerhaft gesicherte Reformpolitik im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse die ständig Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau produzieren, nicht mehr möglich. In der heutigen Zeit kann für die arbeitende Bevölkerung nur noch etwas erreicht werden, wenn man sich mit dem Kapital anlegt.

Wenn die SPD 1990 mit einem sozialistischen Programm und entschuldigender Politik an die Macht käme, kann den Republikanern und Rechtsextremisten aller Schattierungen den Boden entzogen werden. Denn solange der Kapitalismus existiert, gibt dagegen keine dauerhafte Versicherung.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

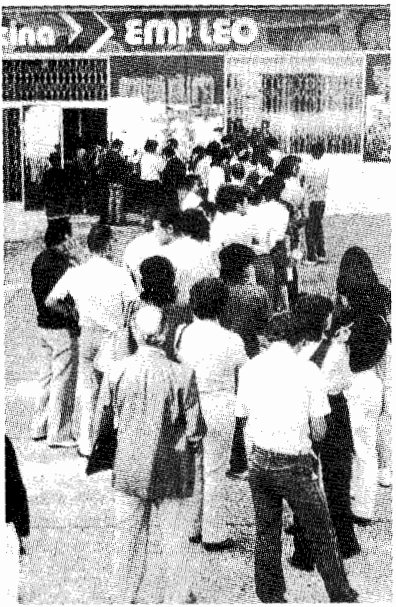
Sozialabbau, Korruption, Skandale:

Bürgerliche Parteien erhielten die Quittung

Bei den Europawahlen vom 18. Juni konnte die Sozialistische Fraktion im Europaparlament ihre führende Stellung ausbauen. Sie ist von 166 Mitgliedern auf jetzt 182 angewachsen. Zusammen mit den 42 Kommunisten und den 23 Mitgliedern der Regenbogenfraktion (Grüne u.ä.) stellt die Linke damit einen wesentlichen Block im Europäischen Parlament dar.

Daß nirgendwo in Europa die EG und das groß verkündete Projekt „EG-Binnenmarkt 92“ auf Begeisterung gestoßen sind, zeigt die rückläufige Wahlbeteiligung. Sie hatte '79 noch 63% betragen, war 1984 auf 61% zurückgegangen und lag jetzt bei nur noch 58,5%. Ohne die Verbindungen mit einigen nationalen und kommunalen Wahlen wäre sie sicherlich noch niedriger gewesen. Viele Arbeiter in Krisenbranchen und Kleinbauern haben bereits gespürt, daß die EG-Politik ihre Existenz angreift.

Verlierer dieser Wahl waren überwiegend die großen bürgerlichen Par-



Arbeitslose in Madrid: Viele Arbeiter in Spanien wählten zähneknirschend die Sozialistische Partei.

teien. Sie erhielten die Quittung für den von ihren Regierungen in den letzten Jahren betriebenen Sozialabbau und die Angriffe auf die organisierte Arbeiterbewegung.

Verluste für die Bürgerlichen

Die dänischen Konservativen z.B. verloren über 6 Prozentpunkte, während die Sozialdemokraten um über 8% auf jetzt 27% anwuchsen. Auch die

Sozialistische Volkspartei konnte ihre Position auf 10% ausbauen.

In Portugal hat nach zwei Jahren bürgerlicher Regierung unter Cavaco Silvas PSD die Erfahrung der Arbeiter mit dessen auf den Abbau aller Errungenschaften der „Nelkenrevolution“ von 1974/75 gerichteten Politik den Arbeiterparteien wieder Zuwachs gebracht. Zusammen kamen die Sozialisten und Kommunisten auf fast 46%.

In Irland verloren die beiden bürgerlichen Hauptparteien gegenüber der letzten Europawahl fast 19 Prozentpunkte. Die irische Labour Party, die wiederholt (zuletzt bis 1987) in bürgerlichen Koalitionsregierungen mitgewirkt hatte und daher viele Stimmen eingebüßt hatte, beginnt jetzt, sich wieder von den früheren Verlusten zu erholen. Sie konnte erstmals wieder zwei Europamandate gewinnen. Ebenfalls auf der Linken errang die Workers Party 7,6% und einen Sitz.

Labour-Sieg in Großbritannien

Besonders drastisch war der Wahlausgang in Großbritannien. Zwar war die Wahlbeteiligung mit ca. 1/3 äußerst gering. Trotzdem hat sich gezeigt: Nach zehn Jahren „Thatcherismus“ mit einer für das Land in diesem Jahrhundert beispiellosen Serie von Angriffen auf die Arbeiterklasse und ihre demokratischen Rechte kommt jetzt die ganze angestaute Unzufriedenheit zum Vorschein.

Neben der kommunalen Kopfsteuer beherrschten die inzwischen auf 8% angestiegene Inflationsrate und die auf 14% angewachsenen Hypothekenzinsen für Reihenhausesitzer die Diskussion in der Bevölkerung. Hinzu kommen noch Umweltprobleme wie etwa der nach wenigen Tagen Hitze in manchen Großstädten ausgerufene Wassernotstand.

Die Katastrophen der letzten Zeit (Fußball, Eisenbahn, U-Bahn) zeigen, daß in zehn Jahren Thatcher-Regierung im öffentlichen Bereich soviel gespart worden ist, daß die ganze Infrastruktur jetzt zusammenzubrechen droht.

Inzwischen zeichnet sich eine neue

Welle gewerkschaftlicher Kampfbereitschaft ab. Tarifkonflikte mit Streikdrohungen, Warnstreiks und Streiks betrafen in letzter Zeit u.a. Hafenarbeiter, Beschäftigte der Energieunternehmen und der Metallindustrie, Mitarbeiter der Fernsehanstalten und der Universitäten. Diese Situation führte dazu, daß die Konservativen mit 35% den niedrigsten Stimmenanteil seit 130 Jahren bekamen.

Die Labour Party ist in den letzten Jahren unter Neil Kinnock immer weiter nach rechts gerückt. Kurz vor der Europawahl wurde noch die Forderung nach atomarer Abrüstung und die Wieder-Verstaatlichung von unter Thatcher privatisierten Betrieben aus dem Parteiprogramm gestrichen.

Dennoch ist diese Partei die traditionelle Partei der britischen Arbeiterklasse, auf die sich die Hoffnungen nach Veränderung der Lage richten. So werden nach dieser Wahl statt wie bisher 32 jetzt 46 Labour-Abgeordnete ins Europa-Parlament einziehen. Erstmals seit zehn Jahren wurden so die Konservativen bei einer landesweiten Wahl von der Labour Party geschlagen.

Grüne

Allerdings zeigt sich auch eine Reaktion auf den Rechts-Ruck von Labour: Die britischen Grünen, die in ihrem Programm atomare Abrüstung und den Austritt aus der Nato fordern, erhielten auf Anhieb 14% der Stimmen.

Doch Großbritannien war nicht das einzige Land, in dem die Grünen jetzt gestärkt wurden. In Italien, Frankreich, den Niederlanden und Belgien erhielten entsprechende Gruppen zulauf – auf Kosten der Arbeiterparteien. Offensichtlich wird diesen nicht zugehört, Umweltfragen und andere brennende Probleme zu lösen.

Besonders in Frankreich, wo unter einer sozialistischen Regierung weiterhin munter die Atomindustrie gefördert und der Umweltschutz vernachlässigt wird, waren die Gewinne der Grünen (sie erzielten 10,6%) im wesentlichen aus dem Umfeld der Sozialisten gekommen.

Daß die Mehrheit der Arbeiter selbst nach enttäuschenden Erfahrungen mit einer rechten Wirtschaftspolitik ihrer „eigenen“ sozialistischen Regierungen nicht einfach bereit ist, die historische Errungenschaft einer Regierung der Linken aufs Spiel zu set-

zen, zeigen auf ihre Weise die Ergebnisse aus Spanien und Griechenland.

In Griechenland konnte die konservative „Neue Demokratie“ wegen großer Unzufriedenheit mit Papandreuos PASOK-Regierung stark hinzugewinnen. Papandreu hatte 1981 mit den Forderungen nach Verstaatlichung der Großkonzerne und Austritt aus



Thatcher erhielt die Quittung für ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse: Hier eine Demonstration gegen die Kopfsteuer (poll-tax).

der Nato eine absolute Mehrheit erlangen. Doch anstatt den maroden griechischen Kapitalismus abzuschaffen, hatte er den Arbeitern Kürzungen, Reallohnsenkungen und weniger gewerkschaftliche Rechte beschert. Korruptionsskandale und Vetternwirtschaft taten ihr übriges, um die Unterstützung für PASOK schrumpfen zu lassen. Doch verfehlte die „Neue Demokratie“ die absolute Mehrheit: PASOK und das KP-geführte Linksbündnis SAP stellen zusammen die Mehrheit.

In Spanien wählten viele Arbeiter weiterhin zähneknirschend die Sozialistische Partei (PSOE), obwohl sie im Generalstreik vom letzten Dezember gegen die prokapitalistische Wirtschaftspolitik eben dieser Regierung protestiert hatten. Im Gegensatz zu Griechenland verloren die beiden wichtigsten bürgerlichen Parteien zusammen über 6%, während die PSOE

ihren Anteil von knapp 40% halten konnte.

Allerdings verlor die PSOE bei einem um 14% gesunkenen Wahlbeteiligung gegenüber der Europawahl von 1984 1,27 Millionen Stimmen. Während sie 1982 in den Parlamentswahlen noch über 10 Millionen Stimmen errang, ist ihre absolute Stimmenzahl seither bei allen nationalen Wahlen ständig gesunken und jetzt bei nur 6,26 Millionen angelangt.

Rechtsextreme

Eine Warnung an die organisierte Arbeiterbewegung stellt auch das Abschneiden der extremen Rechten dar. Während die deutschen Republikaner erstmals ins Parlament einzogen, konnte die „Front National“ in Frankreich ihre Position leicht ausbauen und ihre 10 Sitze halten. Die italienischen Neofaschisten (MSI) haben sich fürs erste bei knapp über 5% stabilisiert und sind weiter mit 4 Abgeordnete

ten vertreten. In Belgien nahm der nationalistische „Flämische Block“ stark zu und konnte erstmals einen Sitz erringen.

Parlamentswahlen sind nur ein Barometer für die Stimmung in der Bevölkerung. Die Zugewinne für die Arbeiterparteien in vielen Ländern zeigen, daß die Mehrheit der Arbeiter immer wieder versucht, über diese ihr Interesse durchzusetzen. Gleichzeitig drückt sich die gewachsene Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik der Arbeiterparteien und der Perspektivlosigkeit ihrer Führungen in einem Anstieg der Nichtwählerzahlen und dem Entstehen bzw. Anwachsen von „grünen“ Parteien aus. Rechtsextremisten haben immer dann eine Chance, wenn die Arbeiterparteien defensiv vorgehen und keine Antwort auf brendende Fragen anbieten.

Hans Gerd Öfinger, Wiesbaden
Jungsozialist

Postprivatisierung „Private“ wollen Profite machen - Kunden und Lehrlinge müssen zahlen

Die konservative Bundesregierung erhöht die Gebühren für die Postbedienung und das Telefonieren und verschlechtert die Übernahme der Ausbildungszubildenden. Zweck ist es, im Vorgriff das Aufwands-Ertragsverhältnis der Post auszugleichen, bevor die geplanten Privatisierungen durchgeführt werden.

Profiträchtige Bereiche werden an private Unternehmer verschertelt, konkurrenzfähige Bereiche bleiben in der Hand der Allgemeinheit und sollen durch Personalabbau auf der einen Seite und Gebührenerhöhungen auf der anderen Seite getragen werden. Damit wird die Interessengleichheit von Bevölkerung und Beschäftigten deutlich. Die staatlichen Ausverkäufer an der Spitze der Bundespost müssen geprügelt werden!

Vor der letzten Bundestagswahl hatte die Bundesregierung die Telefonabrechnungen noch für Eigenwerbung mißbraucht und sich bei den Empfängern dafür gelobt, daß wäh-

Post-Azubis im Fernmeldebereich. Sie sollen nach Ende ihrer Lehre nur noch in ein 24-Wochenstunden-Beschäftigungsverhältnis (ohne Lohnausgleich) übernommen werden. Wie soll man aber von 1000 DM netto im Monat vernünftig leben können? Dabei klagten gleichzeitig die Fernmeldeämter über Arbeitsüberlastung.

Widerstand

Vielen Postbeschäftigten und vor allem den Mitgliedern der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) war klar: Gegen die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition hilft nur eins: ein Zu-

Wir haben über Pressemitteilungen, Unterstützungsveranstaltungen, Teilnahme an Aktionen und Hereintragen der Aktionen der Postgewerkschaft in die SPD-Ortsvereine auf den Widerstand vor allem der Postjugend gegen die Pläne von Schwarz-Schilling aufmerksam gemacht. Wir haben versucht zu zeigen, daß dies alles nur ein Anfang ist. Weitere Angriffe auf alle Teile des Postpersonals und überhaupt auf die Arbeiterklasse sind, wie wir schon von der Gesundheitsreform oder der Steuerreform her wissen, abzusehen.

Wir haben über das Mittel des Streiks diskutiert. Die Stimmung unter den Postkollegen dafür war vor-

handen, und in vielen Bereichen sind besonders die Jugendlichen der Postgewerkschaft sauer, daß es nicht dazu gekommen ist. Sie haben deutlich gesehen, daß ein für allemal Schluß damit sein muß, daß sich Privatisierungshähe an der Spitze der Post einfach über die Interessen der Beschäftigten und Verbraucher hinwegsetzen können.

Die enge personelle Verfilzung zwischen dem Management der Hoflieferanten der Posthaie - Siemens und andere - und den entscheidenden Instanzen bei der Post könnte verhindert werden durch

- alleinige Verwaltung der Post durch einen Verwaltungsrat, der sich aus 1/3

gewählter Belegschaftsvertreter, 1/3 gewählter Vertreter des DGB (der DGB könnte die Interessen der Verbraucher und der Beschäftigten der Zulieferindustrie einbringen) und 1/3 Vertreter des Staates zusammensetzen;

- jederzeitige Abwählbarkeit der gewählten Vertreter von Belegschaft und DGB, die nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen dürfen;

- Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Vorgesetzten bei der Post durch die ihnen untergeordneten Beschäftigten.

Christian Ebert, Kassel
Jungsozialist

Demonstration in Aachen Aktion gegen Rechts

Am 3. Juni fand in Aachen eine Demonstration gegen Rechts statt, zu der die Jusos, die Bezirksschülervertretung (BSV) und ein „Bündnis Bürgerberatung“ aufgerufen hatten. Trotz strömenden Regens nahmen daran rund 1500 Menschen teil, um gegen die rechtsextremen Parteien DVU, FAP und Republikaner zu demonstrieren und ihren Unmut gegen die Kohlregierung auszudrücken, deren Politik (hohle Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot etc.) verantwortlich für das Aufkommen der rechten Organisationen ist. Der Erfolg dieser Demo war auch das Ergebnis einer großangelegten Mobilisierungskampagne von den Jusos und der BSV. So brachte die Juso-Schülergruppe 5000 Aufkleber unter die Aachener Schüler, die in der ganzen Stadt verklebt wurden, über 20.000 Flugblätter der Jusos wurden flächendeckend vor Schulen, Betrieben und an private Haushalte verteilt. Die BSV ließ zusätzlich noch 13.000 Flugblätter in Schulen verteilen und veranstaltete eine Pressekonferenz. Das Ergebnis dieser Arbeit ließ sich dann auch sehen. Nach den vereinzelt spontanen Aktionen gegen die Neo-Nazis in unserer Stadt in letzter Zeit (siehe VORAN-Nr. 109) hat die Bevölkerung mit dieser Demo ein

deutliches Zeichen gegen die Rechten gesetzt. Doch das ist erst der Anfang. Es ist wichtig, daß sich diese Stimmung auch in den anstehenden Wahlen niederschlägt, daß die SPD gestärkt aus diesen Wahlkämpfen hervorgeht und die Leute darüber hinaus

bei SPD, Jusos und Gewerkschaften aktiv werden, um für eine sozialistische Politik dieser Organisationen zu kämpfen. Denn ein antifaschistischer Kampf kann nur ein Kampf für eine sozialistische Gesellschaft sein, weil gerade das Erstarren der rechtsextremen Organisationen wie DVU, FAP und Repts seine Ursachen in der Krise des Kapitalismus hat.

Christian Berners, Aachen
Jungsozialist



Postmelde-Azubis sollen nach der Ausbildung nur 24 Stunden in der Woche arbeiten dürfen - ohne Lohnausgleich.

nd der abgelaufenen Legislaturperiode die Postgebühren nicht erhöht werden. Nach der gewonnenen Wahl sollte die Bundesregierung das schnell machen. Für einen Standardbrief müssen die Bundesbürger heute 1,- DM hinlegen, für die Behützung eines öffentlichen Fernsprechers drei Groschen. Die nächsten, die die Privatisierungspläne ausbaden müssen, sind die

sammengehen der Beschäftigten mit der durch Gebührenerhöhung geschröpften Bevölkerung. Der Widerstand der Postbelegschaft vor dem Hintergrund einer breiten Sympathie der Bevölkerung hätte alle Aussicht auf Erfolg.

Wir Jusos haben unsere Rolle so verstanden: eine Brücke zu bauen zwischen Beschäftigten und Bevölkerung.



Trotz strömenden Regens demonstrierten 1500 gegen die Rechtsextremen in Aachen.

Jusos unterstützen HBV-Kollegen Gemeinsam gegen Flexibilisierung

Wir Kasseler Jungsozialisten sehen als eine unserer Aufgaben an, Kollegen zu unterstützen, die sich im Arbeitskampf befinden - so auch die Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Am 2. Juni wurde über die schon angekündigte „Änderung des Ladenschlußgesetzes“ im Bundestag

abgestimmt. Mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP wurde ein Kompromiß der Regierung über Öffnungszeiten am Donnerstag bis 20.30 Uhr und am langen Samstag in der Sommerzeit nur noch bis 16.30 Uhr verabschiedet.

Mit dieser Entscheidung wurde der Flexibilisierung der Arbeitszeit Tür

und Tor geöffnet. Das Ladenschlußgesetz wurde für die Unternehmer antastbar. Es ist abzusehen, daß es nicht bei einem Dienstleistungsabend bleibt, sondern daß das Ladenschlußgesetz, geht es nach der FDP, irgendwann ganz abgeschafft wird.

Flexibilisierung

Und das würde eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten auch in der Industrie nach sich ziehen. Die Gewerkschaften (HBV, DAG) des Einzelhandels wollen nun über die Tarifverhandlungen eine Festlegung der bisher geltenden Ladenschlußzeiten durchsetzen. Dagegen wehren sich die Arbeitgeber mit Händen und Füßen. Deshalb sind die Gewerkschaften zu Streikmaßnahmen übergegangen.

In Kassel hatten sich 94% der Beschäftigten in einer Urabstimmung für Streik ausgesprochen. Als dann zwei Betriebe bestreikt wurden, standen wir - gemeinsam mit den Beschäftigten, Kollegen von der IG Metall und der IG Bau, Steine, Erden - Streikposten. Wir hatten uns Plakate um den Hals gehängt mit Forderungen nach der 30-Stundenwoche für alle.

Auf einer Kundgebung vor dem Streikbüro habe ich ein Solidaritätsgrußwort des Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt verlesen. Die Kolleginnen und Kollegen von der HBV bedankten sich mehrmals, daß die Jusos ihren Kampf von Anfang an aktiv unterstützen. Für uns ist das eine Selbstverständlichkeit, denn nur gemeinsam können wir uns gegen Ausbeutung und Unternehmerwillkür wehren.

Bernd Bosmann, Kassel
Mitglied des Juso-Unterbezirks-Kollektivs Kassel-Stadt

Pille Das sicherste Mittel - zum Geldverdienen!

Neulich war es wieder soweit. Mit Erschrecken stellte ich fest: Meine Pille ist schon wieder alle. Also nichts wie hin zum Frauenarzt, ein neues Rezept besorgen. Danach Geld zusammenkratzen und zur Apotheke gehen.

„Bitte schön, das macht 42,50 DM“, spricht der nette Herr in weiß und lächelt mich dabei freundlich an. Mir gefriert das Lächeln. Langsam wird es dreist. Dieses Quartal verteuerten sich die Hormone schon um 2,50 DM. Alle Vierteljahre wieder, eine Steigerung ins Unendliche?

Doch gibt es Alternativen? Die meisten Frauenärzte verschreiben am liebsten die Pille. Es ist für sie die einfachste und sicherste Möglichkeit, Geld zu verdienen. Mit anderen Verhütungsmethoden müßten sie sich zunächst genauer auseinandersetzen. Davon haben weder sie noch ihre Belieferer, die Pharmaindustrie, Vorteile. Andere Verhütungsmittel als die Pille seien zu „unsicher“, zu „unpraktisch“, oder manche Frauen seien „zu unzuverlässig“ für sie. Mit solchen Sprüchen tarnen Ärzte ihr Desinteresse.

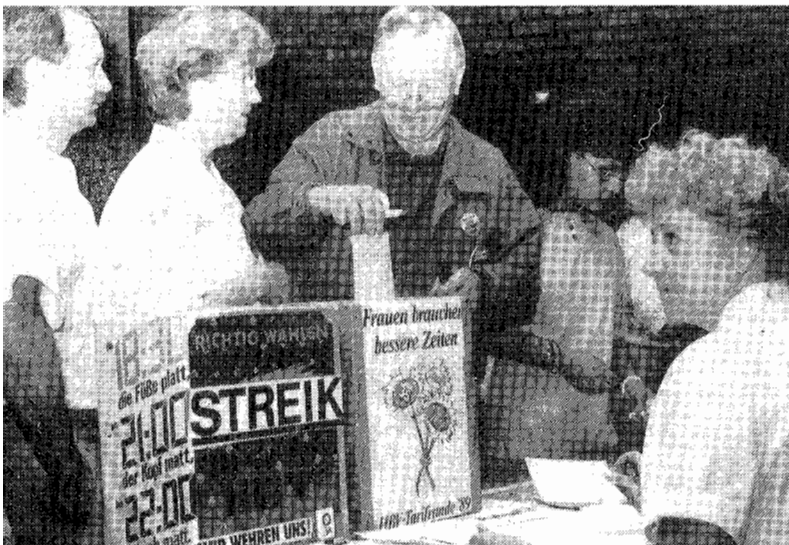
Bei dieser Einstellung vieler Ärzte ist die Pille wirklich das sicherste Verhütungsmittel. Und das teuerste. Aber Verhütungsmittel werden immer gekauft, egal zu welchem Preis. Freizügigkeit und selbstbestimmte Familien-

planung sind den Menschen und besonders den Frauen einfach wichtig. Daß durch die Entwicklung der Pille und anderer Methoden die Möglichkeit dazu geschaffen wurde, war ein großer Fortschritt der Wissenschaft - denn wir Nutznießer noch heute teuer bezahlen müssen.

Für Freizügigkeit, Recht und Wunsch fast aller Menschen wird von der Pharmaindustrie ein hoher Preis gefordert. Aber sie hat das Monopol in diesem Bereich. Und solange das so ist, wird uns jeder wissenschaftliche Fortschritt viel Geld kosten, das in die Taschen der Unternehmer der Pharmaindustrie wandert. Ihr Hauptinteresse ist nicht: Welche Verhütungsmethode ist die sicherste, am wenigsten schädliche? Ihr Interesse ist: Was bringt am schnellsten den meisten Profit. Und über Reklamefeldzüge, gut geschulte Pharma-Vertreter und entsprechende Geschenke an die Ärzte wird das dann an die Frau gebracht.

Was wir brauchen: Intensive Beratung über die jeweils geeignete Verhütungsmethode. Und damit Geld bei der Entscheidung keine Rolle mehr spielt, müssen die Frauen ein Recht auf kostenlose Verhütungsmittel haben.

Birte Stowahse, Bremerhaven
Jungsozialistin



Die Beschäftigten im Einzelhandel wehren sich mit Streiks gegen die geplanten Angriffe - Jusos unterstützen sie.

paganda große Teile der chinesischen Bevölkerung beeinflussen können. Sicherlich, -zig Millionen Chinesen haben den Terror der Bürokratie miterlebt und miterlitten. Es war aber trotzdem nur eine kleine Minderheit.

„Volksbefreiungsarmee“

Achzig Prozent der 1,1 Milliarden Chinesen leben auf dem Land, sie haben zum größten Teil nur die Hetzpro-



Die Bürokratie versucht jetzt mit massiver Lügenpropaganda, Massenverhaftungen und Erschießungen ihre Position wieder zu stabilisieren.

paganda, daß es sich um einen konterrevolutionären Aufstand gehandelt habe, mitbekommen. Selbst wenn einige Informationen über die Greuel-taten der „Volksbefreiungsarmee“ zu ihnen durchdringen sollten, werden viele diesen keinen Glauben schenken. Es war ja gerade die „Volksbefreiungs-armee“, die den Großgrundbesitz 1949 stürzte und das Land an die Masse der landlosen und armen Bauern verteilte. In den Augen vieler ist sie tatsächlich die Armee des Volkes, sie würde doch nie auf das eigene Volk schießen.

Neben dem Ansehen der „Volksbe-freiungsarmee“ hat die Bürokratie ei-

ne weitere Chance, ihre Lage vorerst zu stabilisieren. Die vor über zehn Jahren unter Deng eingeführten Wirtschaftsreformen sind heute am Ende. Der in vielen stalinistischen Staaten gestartete Versuch, die Unfähigkeit der bürokratischen Planwirtschaft durch Einführung von einigen Markt-mechanismen zu beseitigen, ist in Chi-na gescheitert. Die „Liberalisierung“ auf wirtschaftlichem Gebiet führte zur

Nationale Volkskongreß eine Wende zurück zu mehr Zentralismus, also wieder zur reinen bürokratischen Planwirtschaft. Dieser Beschluß war natürlich auch eine Reaktion auf die sich schon 1988 entwickelnde Protest-bewegung. Und tatsächlich sind die Möglichkeiten sogar einer rein bürokratischen Planwirtschaft noch nicht gänzlich ausgeschöpft. Die Wieder-einführung von Volkskommunen auf dem Land, die Beseitigung der Zwischenhändler, kurz die Stärkung von zentraler Leitung und Kontrolle gegen die schlimmsten Auswüchse der Bereicherung und Korruption könnten die entstandenen Ungleichgewichte et-was ausgleichen und den Lebensstan-dard der Massen wieder geringfügig heben.

Der zur Zeit entbrannte ideologi-sche Kampf gegen den politischen Li-beralismus, das Wiederaufstehen des „Klassenkampfes“, der sich gegen alle Konterrevolutionäre richtet, wird übergehen in einen Kampf gegen die wirtschaftlichen Nutznießer der zehn-jährigen Reformen. Vergleichbar mit Stalin in den dreißiger Jahren, wird man die Großbauern als „Klasse“ li-liquidieren sowie das „wuchernde Kap-itäl“ in den Städten. Statt der ehemals so hofierten Kleinunternehmer wer-den wahrscheinlich verstärkt die Ar-beiter finanzielle Zugeständnisse er-halten.

Aber dieser sich abzeichnende er-neute Schwenk der Bürokratie wird kein einziges Problem lösen. Es wäre ein Zurück zu dem Ausgangspunkt, der Mitte der siebziger Jahre die Wirt-schaftsreform Dengs notwendig machte. Die chinesische Gesellschaft hat sich aber in den letzten zehn Jah-ren entscheidend weiterentwickelt. Die Wirtschaft ist komplexer gewor-den, und bürokratische Mißwirtschaft (also Planwirtschaft ohne wirksame Arbeiterkontrolle) wird ihre Unfähig-keit noch schneller und deutlicher zei-gen.

Tiefe ökonomische Krisen sind also vorprogrammiert, egal in welcher Sackgasse die Bürokratie landet. Wie schon Ende der achtziger Jahre, wer-

den die erneuten ökonomischen Kri-sen auch wieder zu verstärkten sozia-len Unruhen führen. Die nächsten Be-wegungen werden allerdings dort wei-termachen, wo sie jetzt unterbrochen wurden. Höchstwahrscheinlich wird erst einmal ein großer Teil der kom-menden Bewegung erneut Illusionen in einen „liberalen“ Flügel der Bürokratie haben. Aber bereits heute wird ein kleiner Teil der führenden Aktivi-sten die richtigen Schlußfolgerungen gezogen haben. Der Kampf muß auf folgendem Programm geführt werden:

- Wähl- und jederzeitige Abwählbar-keit aller Funktionäre

- Kein Funktionär soll mehr als ei-durchschnittlichen Facharbeiterlerhalten
- Ämterrotation, um die Entsteheiner bürokratischen Kaste zu ver-ländern
- Abschaffung des stehenden He-stattdessen Volksbewaffnung
- Zulassung aller Parteien
- Für die Bildung unabhängiger C-werkschaften
- Für die Bildung von Arbeiter- u-Bauernräten.

Frank Kirsch, Köln
Jungsozialist

Internationale Notizen



Dominikanische Republik

Am 19. Juni wurde von den Gewerkschaften ein 48-stündiger Generalstreik ausgerufen. Die Arbeiter wenden sich gegen die Sparpolitik der Regierung. Sie fordern eine Steuersenkung und eine Erhöhung des Mindestlohnes.

Schon im letzten Monat hatte es Streiks und Demonstrationen gegeben, bei denen ein Mensch getötet und mehrere verletzt worden waren.

Sowjetunion

In Kasachstan kam es am 18. Juni zu massiven Ausschreitungen von Jugendlichen, die Autos in Brand setzten, Schaufenster einschlugen und Kioske zerstörten. Mit diesen Aktionen wollen sie gegen die Rationierung von Lebensmitteln, den Preisanstieg

und den allgemein niedrigen Le-bensstandard protestieren.

Die Jugendlichen fordern die Abschaffung der Lebensmittelkarten und die Schließung der (erst im Rahmen der wirtschaftli-chen Umgestaltung - Perestroika - entstandenen) Kooperativen, die sie für die Lebensmittelknapp-heit und den Preisanstieg verant-wortlich machen.

Gewerkschaften international

Nach einem Bericht des Inter-nationalen Bundes Freier Ge-werkschaften wurden im Verlauf des letzten Jahres 650 Gewerk-schafter ermordet und 6500 ver-haftet. Die Anzahl der getöteten Gewerkschafter hat sich im Ver-gleich zum letzten Jahr verdop-pelt. Allein 500 der Ermordeten haben in Kolumbien gelebt und gearbeitet.

Hongkong Beispiel kapitalistischer Heuchelei

Chinesische Studenten und Wissen-schaftler hier in Hamburg haben an die „Freie Welt“, die „demokratische west-liche Welt“ appelliert, sie in ihrem Kampf gegen die diktatorischen Unter-drücker zu unterstützen, mit allen zu Gebote stehenden diplomatischen Mit-teln und Wirtschaftsanktionen.

In guter kaufmännischer Tradition der Hansestadt kümmern sich die Ge-schäftsleute und ihre politischen Ver-treter mehr um die Gewinne aus Im-port/Export mit Peking als um ein paar tausend tote Studenten und Ar-beiter. Was, Handel mit Massenmör-dern? Na und, Geschäft ist Geschäft.

Die Studenten können auch Soli-darität von Präsident Bush vergessen. Er hat knallhart erklärt: Wirtschafts-sanktionen sind nicht im amerikani-schen Interesse. Immerhin haben die USA die vierzigjährige Militärdiktatur auf Taiwan über Millionen Chinesen unterstützt.

Aber den Gipfel der Heuchelei zeitg Thatcher. Sie nutzte jede Gelegenheit, antisozialistische Propaganda zu ma-chen (als hätten die stalinistischen Bü-rokraten überhaupt etwas mit Sozia-lismus zu tun). Selbstverständlich will sie Demokratie für die Chinesen, aber nicht für die 5,7 Millionen Chinesen unter ihrer Herrschaft in Hongkong. Die Kronkolonie und das Zentrum des Finanzkapitals hat kein Parla-ment, die Bürger haben kein Wahl-recht, kein Recht, sich gewerkschaft-lich zu organisieren, keinen Mindest-lohn. Selbst der Chef der Hongkonger Börse gibt zu: „Es ist eine Diktatur, aber eine gute. Wir brauchen keine freien Wahlen hier.“ Wozu auch, wer-den die Hongkonger doch direkt von der „Mutter der parlamentarischen Demokratie“ regiert, durch einen von der Monarchin ernannten Gouver-neur.

Krokodilstränen

Die kleinen Leute sehen das anders. Schon vor einem Jahr äußerten sich 68% für sofortige Wahlen mit Wahl-recht für alle. Jetzt werden es wohl

weit über 90% sein. Aber das sind nur Chinesen, die zählen nicht. Das ist nichts Neues, denn die 98% der Bevöl-kerung, die Chinesen sind, werden von englischen Staatsbeamten verwaltet, zu 90% von englischen Richtern verur-teilt und von englischen Businessmen ausgebeutet. Bis vor kurzem wurden Schüler geprügelt, wenn sie ihre eigene Sprache benutzten.

Während die westlichen Demokra-ten Krokodilstränen um die chinesi-schen Studenten und Arbeiter weinten, vergossen junge Chinesen aus den dichtbevölkerten Slums von Hong-kong echte Tränen - vom Tränengas der britischen Kolonialpolizei hervor-gerufen.

Die ersten kleinen Demos aus Soli-darität mit den Pekingern Studenten

beobachtete die Kolonialmacht mit Billigung - das war doch gegen die bösen Roten. Aber als die schlecht-bezahlten und entmündigten Arbeiter sich erhoben, einen Generalstreik und eine Demo von einer Million organi-sierten, wurde es gefährlich. Während Deng die unabhängigen Gewerkschaf-ten der Arbeiter und Studenten mit Panzern niederschlug, zerbrach That-cher eine ähnliche Bewegung mit Poli-zeiknüppeln - der eine im Namen des Sozialismus, die andere im Namen der Demokratie.

Demokratie

Zu spät! Jetzt haben die Arbeiter und Jugendlichen in Hongkong ein neues Bewußtsein als Chinesen, die für Demokratie und Selbstbestimmung

kämpfen. Dieses Bewußtsein wird die Arbeiter und Jugendlichen unaus-weichlich in Konflikt mit der Kolo-nialherrschaft und mit den Kapitali-sten und Bankiers in der Enklave treiben, denn diese Herrschaften werden den Anspruch auf Demokratie verraten und verkaufen.

Ein kleines Beispiel: Während Tau-sende ihre Konten bei Filialen der Pe-kinger Banken aus Protest gegen das Massaker schlossen, appellierte der Staat dagegen. „Es wird keine Auswir-kungen auf China haben, sondern auf das Hongkonger Finanzsystem.“ Also Freiheit ist wohl ok, aber wenn's um Geld geht, hört der Spaß auf.

Verkauft werden die kleinen Leute 1997, wenn Großbritannien die ver-pachtete Kolonie zurückgibt. Zwar

werden Millionen von Menschen an eine Diktatur ausgeliefert, aber das macht ja nichts: Durch ein Abkom-men wird es „ein Land, zwei Systeme“ geben, wobei der Kapitalismus in Hongkong durch die Herrschaft der kommunistischen Partei garantiert wird. Was für ein Kuhhandel! Das Abkommen erlaubt nur dann chinesi-sche Truppen in Hongkong (vielleicht die 27. Armee?), wenn Ruhe und Ord-nung bedroht sind, und gleichzeitig gibt Thatcher jedem Polizisten einen britischen Ausweis auf Aufenthaltser-laubnis nach 1997. Allerdings kriegen so ein Papier nur besondere Leute zum Beispiel Geschäftsleute und Be-amte. Die rassistischen Konservativen in London lassen ihre Untertanen nicht rein ins „Mutterland“, die sind doch Gelbe!

Marxismus veraltet?

Es ist heutzutage modern, den Mar-xismus als veraltet abzuschreiben. Heute herrsche Demokratie und So-zialpartnerschaft. Aber Hongkong ist ein Prüfstein für das Demokratiever-ständnis der Nato-Alliierten Kohl, Bush und Thatcher. Die Arbeitsbedin-gungen der Chinesen und die Herr-schaftsmethoden des britischen Impe-rialismus sind seit dem 19. Jahrhun-dert nicht „veraltet“, nur weil es keine starke Arbeiterbewegung gegeben hat die Zugeständnisse hätte erzwingen können. Das wird sich jetzt ändern.

Die verräterische Rolle der „Libera-len“ in Hongkong hat selbst T.S. L. gezeigt: „Wir können nichts gege China tun, wenn wir keine Revolutio-wollen.“ Jetzt müssen die Arbeiter in Hongkong starke Gewerkschaften und eine Arbeiterpartei aufbauen, die für Selbstbestimmung und eine sozia-listische Demokratie kämpfen, die einen angemessenen Lebensstandard und demokratische Rechte garanti-ren kann. Dadurch werden sie ein Bei-spiel für das ganze chinesische Vol-ken sein.

Brent Kennedy, Hamburg
SPD-Mitglied



Über 1 Million Studenten und Arbeiter gingen in Hongkong auf die Straße - aus Solidarität mit ihren Kollegen in der Volksrepublik China, aber auch, weil sie selbst nicht die geringsten demokratischen Rechte haben.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, welches werden die wichtigsten Ereignisse in der DDR 1989 sein? Das 40. Jubiläum der DDR, das Treffen der J und das Gipfeltreffen Strauß-Necker. Das war der neuste DDR-Tz, den ich bei meinem letzten Besuch dort hörte. Er gibt die gegenwärtige herrschende Stimmung hervorragend wieder. Die Bevölkerung der DDR ist ihre „Alten Führer“ leid. Es tut nicht vorwärts, sondern rück-

Liebe Genossinnen und Genossen, am 1. Juni war ich auf einer Veranstaltung der Philips-Kollegen. Die Kolleginnen und Kollegen kämpfen um ihre Arbeitsplätze im Forschungsbereich Hamburg, das in letzter Konsequenz dichtgemacht werden soll, und setzen sich nun schon seit sechs Monaten nicht klein kriegen.

Bisher erfolgreich den Nelkenschengen entgangen, drückt mir ein Kollege - gerade als ich gehen will - gleich ein in die Hand. „Hier, hier, nehmt“, sagt er zu mir und Astrid, „das starke schlecht sind nämlich in Wirklichkeit die Frauen, die haben keinen Repekt vor unseren Bossen - nie gebt!“ Ein minutenlanges Wortschwallut auf uns nieder: „Ich bin ein ganz anderer Mensch geworden. Ich habe einfach keine Angst mehr, denn wir töten uns. In den letzten Monaten haben wir soviel wirkliche, verlässliche Unterstützung erhalten. Daß wir zusammenstehen, macht uns stark. Gerade weil wir in der Masse sind, ist jeder einzelne wieder etwas wert. Ich habe mein Leben etwas gelernt. Unsere Refs kann ich gar nicht mehr ernst nehmen. Ich muß über sie lachen. Ötzlich wirken sie lächerlich.“

„Und die Krankenpflegerkolleginnen, die gekommen sind - ich wußte nicht, wie schwer die eigentlich arbeiten müssen, und das für diesen andalös niedrigen Lohn. Ich habe nie drüber nachgedacht. Und übertrüpt die Frauen. Unsere Frauen haben immer die erste Initiative gezeigt.“ „Die Streiks im Einzelhandel unterstützen ich voll. Deswegen habe ich ich sogar schon mit meiner Frau geritten, die meinte, daß so ein längerer Tag zum Einkaufen eigentlich nötig ist. Ich habe ihr erklärt, daß da was ganz anderes hintersteckt ...“ usw. usf. Ich habe die Worte aus dem Gedächtnis rekonstruiert. Deshalb ist sicher einiges verlorengegangen. Trotzdem sollen sie an alle gerichtet sein, die immer noch glauben, die deutschen Arbeiter bewegen sich nicht!
Alexandra Grundmann, Hamburg

wärts. Die Versorgungslage ist schlechter als vor 10 Jahren. Sogar eingefleischten SED-Genossen reicht es jetzt.

Ich wollte mir eine Zahnbürste kaufen, weil ich meine vergessen hatte. Kein Problem denke ich, ist ja kein Auto. Doch das war zu voreilig. Es gab seit Weihnachten keine Zahnbürsten mehr. So sind es viele Kleinigkeiten, die die Bevölkerung auf die Palme bringen. Vor eineinhalb Jahren konnte man noch zwischen verschiedenen Töpfen und Pfannen aussuchen. Jetzt gab es nur noch Töpfe, die zu klein waren für eine normale Kochplatte. Es gibt auch keine Tischdecken für Küchentische mehr. Eine Verkäuferin erklärte mir: Es gibt auch keine Küchentische mehr, denn in den Neubauwohnungen sind die Küchen so klein, daß kein Tisch mehr reinpaßt. Und das wiederum kommt z.B. so: In einer Kleinstadt wurden neue Wohnblocks

gebaut. In den ersten Blocks hatten die Wohnungen 2 Zimmer, Küche, Diele und Bad. Nach einiger Zeit wurden auf demselben Grundriß 3 Zimmer KDB errichtet, um so mit einem Minimum an Material und Aufwand das Plansoll für Drei-Zimmer-Wohnungen zu erfüllen.

Zwar gibt es in der DDR eine - im Verhältnis zu hier - gute soziale Absicherung. Aber was nützt das, wenn die Menschen unzufrieden sind? Vor allem die Jugend fühlt sich wie in einem Gefängnis. Es ist jetzt kaum noch möglich, in andere „sozialistische Bruderstaaten“ zu fahren. Jetzt werden so gut wie keine Genehmigungen mehr erteilt, in das bis dahin beliebteste Urlaubsland der DDR-Bürger, nämlich nach Ungarn, zu fahren. Aber das kann nicht mehr lange gutgehen. Man kann nicht ein ganzes Volk hinter einer Mauer verstecken.

Dorothea Kirschbaum, Köln

Der Juso-Unterbezirk Passau schickte uns ein Flugblatt mit der Bitte um Veröffentlichung, aus dem wir einen Auszug abdrucken. Vielleicht regt es andere AGs oder Genossen an, Stellung zu nehmen oder eigene Erfahrungen zu berichten.

„Am 27. 5. trafen sich in Passau in der Niebelungenhalle zum achten Mal die Anhängerinnen und Anhänger der Deutschen Volksunion (DVU), um ihren großdeutschen Wahnvorstellungen nachzugehen.“

(...)
Die Ereignisse am 27. 5. können nur noch in Stichworten wiedergegeben werden:

9.30 Uhr: Bei dem Versuch einen Anhänger der DVU am Zugang zur Niebelungenhalle zu hindern, werden drei Personen festgenommen. Einer der Festgenommenen wird an den Haaren unter einem Absperrgitter durchgezogen.

10.00 Uhr: Auf der B 12 wird eine Person festgenommen und bis zum Folgetag, 7.00 Uhr, in der JVA Passau festgehalten. Obwohl er keine Waffen oder ähnliche Gegenstände mit sich führte, wird der richterlich angeordnete „Vorbeugegewahrsam“ mit zu befürchtenden Straftaten begründet.

Ebenfalls 10.00 Uhr: Dem mittlerweile eingeschalteten Rechtsanwalt wird von der Einsatzleitung der Polizei jegliche Auskunft verweigert.

11.45 Uhr: Eine Frau wird von Polizisten verfolgt, zu Fall gebracht und quer über den Versammlungsort zu einem Einsatzwagen geschleift. Ein Arm ist nach der „Gewahrsamnahme“ von oben bis unten mit Prellungen und Schürfwunden übersät. Grund des polizeilichen Eingriffs: Ein auf eine Kamera gerichteter, erhobener Mittelfinger. Übersetzung in Polizeideutsch:

Beleidigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte (die Festgenommene ist ca. 1.60 groß und wird von zwei bulligen Männern über den Platz geschleift.) Als sich der Versammlungsleiter der Gegendemonstration einzuschalten versucht, wird er von mehreren Polizisten tätlich angegriffen.

Wegen massiver Störungen durch die Polizei wird die Gegendemonstration daraufhin aufgelöst, da ein reibungsloser Ablauf der Kundgebung nicht mehr gewährleistet ist. Insgesamt werden auf Seiten der Gegendemonstranten 27 Personen auf brutale Weise von der Polizei festgenommen.

(...)
Diese Vorfälle beweisen meiner Ansicht nach, daß es innerhalb der Polizei eine breite Strömung nach rechts gibt, die sich durch den Durchbruch der Republikaner mehr und mehr offen zu erkennen gibt. Es ist bereits in der Vergangenheit zu vielen brutalen Einsätzen durch die Polizei gekommen. Wenn aber nun die in der Ausbildung herangezogenen Feindbilder (Demonstrant = Krimineller = Terrorist) sich vermengen mit einer auflebenden Ideologie von rechts, so bedroht dies die Reste unserer grundrechtlich garantierten Freiheiten.

(...)
Was uns bleibt, ist Widerstand, und zwar mit mehr Kopf und Phantasie! Und Mut!
Juso-Unterbezirk Passau

Verkauft VORAN

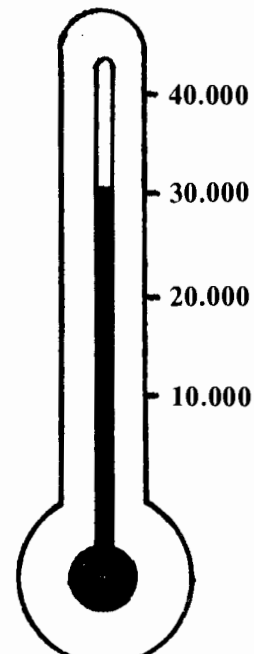


Während der Sommermonate finden im allgemeinen wenige politische Veranstaltungen statt. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Menschen keine Fragen oder Probleme mehr hätten, z.B. wegen der Wahlerfolge der Republikaner. Wir müssen nur zu ihnen hingehen und ihnen unsere Analysen, unser Programm anbieten!

So verkauften z.B. zwei Hamburger Genossen bei einem Fußballspiel des FC St. Pauli in einer halben Stunde 14 Zeitungen. Solche Möglichkeiten (Leichtathletik-Wettkämpfe, Fußballspiele, Rockkonzerte) gibt es überall. Und warum nicht den Besuch im Freibad mit einem Zeitungsverkauf dort verbinden?

Auch wenn Ihr Urlaub im Ausland macht: Vergesst nicht, ein paar Exemplare von VORAN mitzunehmen! Überall trifft man Jugendliche, die viele Fragen haben. Und wir haben die Antworten.

Kampffonds Gutes Ergebnis im Mai!!



gespendet, Jan und Ulrike Hecking, ÖTV-Mitglieder aus Köln, haben ihre Spesen aus der Personalratsarbeit in Höhe von 95,50 DM gespendet.

Ohne diese und die zahlreichen anderen Spenden, die aus Platzgründen hier nicht erwähnt werden können, könnte die marxistische Zeitung in der deutschen Arbeiterbewegung nicht aufgebaut werden.

Sie alle haben zu dem guten Mai-Ergebnis von über 7000 DM beigetragen. Die Fülle von Veranstaltungen der SPD und Gewerkschaften, z.B. die 1. Mai-Demos, das Juso-Pfingstcamp in Saarbrücken und der Europa-Wahlkampf, hat sich auch in unserem Spendenergebnis ausgedrückt - was auch heißt, daß marxistische Ideen mehr denn je aktuell sind. Besonders die „Nazis-raus“-Buttons (siehe Abbildung) gingen gut weg. So wurden bei Antifa-Demos in Aachen und Hamburg 140 bzw. 100 verkauft, und auf dem Antifa-Camp in Siegburg wurden insgesamt 150 Buttons verkauft. Hier entpuppten sich die „Kohle-statt-Kohl“-Buttons als ganz großer Verkaufshit.

Somit summiert sich das Spendenergebnis für das 2. Quartal 1989 auf 30.713,04 DM - mit 77% ist das Erreichen des Ziels in greifbarer Nähe gerückt.

Fiz Garvie, Redaktion Köln



Buttons sind zu bestellen bei:
Hans Blunck, Staffelstraße 1,
7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/267700

Spendenkonto:
VORAN, Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Wolfram Klein, Student aus Stuttgart, hat 215,60 DM für VORAN gespendet. Auf die Frage hin, warum er als Student so eine große Spende mache, hat er geantwortet: „Ich habe in einem Altenheim meinen Zivildienst gemacht. Ich war auf der VORAN-Veranstaltung im April in Köln, und dann habe ich mir überlegt, wie ich eine größere Spende machen kann. Ich schaffe aushilfsweise noch in dem Altenheim - z.B. wenn jemand mal Urlaub hat -, und dann habe ich beim nächsten Mal das Geld gespendet, das ich an einem Wochenende in 16 Stunden verdient habe. Ich freue mich, daß es eine Zeitung gibt, die konsequent die Interessen der Arbeitnehmer vertritt, wo doch die bürgerliche Presse nur ihre eigenen Interessen vertritt und z.B. nicht richtig über Streiks berichtet.“

Anneliese Stanicic, Halbtags-Bibliothekarin aus Aachen, hat 10,- DM

ihr da oben...

„Freund Gorbatschow“?

Der Besuch Gorbatschows in der BRD wurde von einer Jubelpropagandakampagne begleitet. Auf kritische Fragen nach den wirklichen Folgen der „Perestroika“ für die arbeitende Bevölkerung in der UdSSR wurde wohlweislich verzichtet. Umgekehrt mischte der „Kommunist“ Gorbatschow sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten der BRD ein - kapitalistische Mißwirtschaft, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in der BRD sind für ihn kein Thema. Schließlich ging es ja auch in erster Linie um den Austausch von Sonntagsreden und die Zusammenarbeit zwischen der herrschenden Klasse der BRD auf der einen und der sowjetischen Staats- und Wirtschaftsbürokratie auf der anderen Seite.

Eine Woche später bekräftigt „Gorbi“ dann die Partnerschaft zum Iran und sieht eine Wende (zum Positiven) in den Beziehungen beider

Länder. Auf „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ dieses Regimes, das in den letzten Jahren viele tausend politische Morde - unter anderem an Mitgliedern der iranischen „kommunistischen“ Partei - begangen hat und auch nach Khomeinis Tod weiter begeht, verzichtet Gorbatschow auch in diesem Fall.

Menschen wie du und ich?

Tarifverhandlungen sind eine schwierige Angelegenheit. Insbesondere auf den Unternehmern lastet dabei eine besondere Verantwortung. Während die Beschäftigten munter drauflos fordern können, müssen die Unternehmer immer an die Arbeitsplätze denken. Und so zermartern sie sich ihren Kopf mit der Frage, wieviel Prozent mehr Lohn dürfen wir unseren „Mitarbeitern“ zumuten, ohne den Industriestandort Bundesrepublik, d.h. ihre Arbeitsplätze, zu gefährden? 50 DM mehr im Monat oder 100 DM? Oder gar 150 DM? Oder wäre Lohnverzicht, weniger Lohn nicht doch für alle Beteiligten das Beste?

Orientieren wir uns doch am Vorbild der Menschen, die etwas von Wirtschaft und noch mehr vom Geld



verstehen, den Vorstandsmitgliedern der deutschen Banken. Nehmen wir z.B. die Einkommensteigerung des Vorstandes der Bayerischen Hypo-Bank 1988. Bescheidene 0,2 Prozent hielten die Herrschaften für angemessen. Das sich daraus ergebende Jahreseinkommen von 796.590 DM pro Vorstandsmitglied erachteten sie für vollkommen ausreichend, um die Grundbedürfnisse des menschlichen Lebens (Wohnen, Nahrung, Kleidung etc.) befriedigen zu können.

Aber was soll man von den Kollegen von der Deutschen Bank halten? Obwohl nur Menschen wie Du und ich, die sich auch nicht mehr als satessen können, genehmigten sie sich 100.000 DM pro Jahr an Einkommenssteigerung. Ihr durchschnittliches Jahresgehalt beträgt nach dieser „Lohnerhöhung“ 1.237.157 DM.

Ob die Herrschaften wohl schlaflose Nächte haben, weil sie mit ihren hohen Gehältern den Industriestandort Bundesrepublik gefährden?



... wir hier unten

Arbeitsbedingungen im Einzelhandel: Krank durch Streß

Wir fangen morgens um sieben an und kommen meistens um 19 Uhr raus. Das sind 12 Stunden, und wenn wir Glück haben, haben wir insgesamt zwei Stunden Pause, sonst schaffen wir durch. Ich mache morgens Milchprodukte, nebenher Leergutannahme, zwischendurch bringe ich auch mal in der Kasse ein. Montags kommen noch die anzen Preisänderungen durch, da muß man alles umzeichnen, und es kommt zu den übrigen Aufgaben dazu. Wenn man das in Ruhe machen könnte, wärs ja nicht schlimm.



schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten - wegen streiken die Beschäftigten im Einzelhandel.

Manchmal wird jemand krank, dann muß man ihn ersetzen, z.B. Gestern. Morgens um sieben klingelt das Telefon. Da meldet sich die einzige Wurstverkäuferin, die wir haben, krank. Jetzt gibt es niemanden mehr, der das gelernt hat. Jetzt ruft der Filialeiter in der Zentrale an und versucht, jemanden zu finden, der uns eine Wurstverkäuferin schickt. Einer in der Zentrale ist in Urlaub, die anderen in einer Besprechung. Jetzt sagen die: Rufen Sie Filiale X an, die sollen ihnen jemanden abgeben. Der andere schlägt die Hände über dem Kopf zusammen, weil er selbst niemanden mehr hat. Dann heißt es: Fräulein Janke, können sie nicht Wurst verkaufen? - Natürlich ohne Gesundheitszeugnis.

Personalknappheit

So geht das bei uns täglich. So ist das bei der knappen Personaldecke. Ich habe keinen Tag frei und es ist auch nicht möglich, jemandem die Restzeit zu geben. Das ist bei uns soweit, daß bei 200 Filialen zum näch-

sten Quartal 140 Leute gekündigt haben. Der Verdienst beträgt nach der Lehre 1400 DM brutto. Ich habe seit 15 Jahren ausgelernt, bin stellvertretende Filialeiterin und bekomme 2300 DM brutto.

Vor kurzem war ich drei Monate Filialeiterin. Das habe ich aber wieder hingeschmissen. Da hatte ich noch viel mehr Druck als das Personal. Alles soll besser werden, der Umsatz soll steigen, aber du kriegst nicht mehr Leute.

Jetzt ist der Laden von 8.00 bis 18.30 Uhr geöffnet. Bei Einführung eines Dienstleistungsabends einmal in der Woche bis 20.30 Uhr gibts aller Voraussicht nach auch kein neues Personal, die Konzernherren werden sich eine gewisse Probezeit herausnehmen. Und die Kosten (Strom, Wasser ...) steigen. Sie schreiben jetzt schon, die Kosten seien viel zu hoch. Das gleiche Personal (evtl. im Wechsel) wird länger bleiben müssen. Wie das mit Mehrstunden wird, weiß keiner. Abgesehen vom zusätzlichen Streß muß man ja auch irgendwie nach Hause kommen. Nahverkehrsbetriebe sind im allgemeinen viel zu schwerfällig, die Fahrpläne entsprechend den Bedürfnissen zu ändern.

Wettbewerb

Ich bin jetzt vier Jahre bei der Firma. Schon in den letzten Jahren hat man gesehen, die Stimmung wird total gereizt, auch ohne veränderten Laden-

schluß, nur wegen des Stresses. Die Krankheiten nehmen zu. Der Zusammenhalt ist nicht mehr da. Heute wird schon gelästert, wenn einer krank ist, denn jetzt kriegen wir wieder nicht frei.

Immer weniger Konzerne teilen sich den Markt untereinander auf. Wenn von den 15 großen Konzernen in der BRD der Verdrängungswettbewerb konsequent weitergeführt wird, bleiben noch 6 oder 7 übrig. Das sind Voraussagen von den Lebensmittel-fachleuten selbst. Was das für die ganzen kleinen Läden bedeutet, kann man sich vorstellen.

Selbst die kleinen Ketten mit ca. 10

Filialen werden aufgefressen durch die Preispolitik der Großen, denn die arbeiten Sonderkonditionen direkt mit den Herstellern aus. Mit Einführung des Dienstleistungsabends wird sich zeigen, daß in der Tendenz die Läden in der Innenstadt da mitmachen, in den Randbezirken wird alles beim alten bleiben. Das heißt, daß die Kaufkraft sich in die Städte verlagern wird. Nur die Alten werden weiter draußen kaufen. Das kann für viele kleine Läden schon das Ende bedeuten. Denn es ist ja nicht mehr Kaufkraft da, sie verlagert sich nur.

**Luise Janke, Stuttgart
Verkäuferin und SPD-Mitglied**



Die knappe Personaldecke führt zu Streß, Krankheit und gereizter Stimmung.

Urabstimmung der Lehrer in Niedersachsen: Kaisers Zeiten sind vorbei

Auch in Niedersachsen wollen jetzt die Lehrerinnen und Lehrer für Arbeitszeitverkürzung streiken. Im Tarifvertrag '88 war eine Gehaltserhöhung von 1,4% und eine Arbeitszeitverkürzung von einer Wochenstunde vereinbart worden. Gerade diese Arbeitszeitverkürzung ist schon seit langem überfällig.

Zu Kaiser Wilhelms Zeiten 1870 hatten Volksschullehrer 30 Wochenstunden, Gymnasiallehrer 24 Wochenstunden Unterricht abzuleisten. Die Situation heute ist kaum anders: Heute unterrichtet ein Grundschullehrer 28, ein Gymnasiallehrer 23 Wochenstunden.

Wer aber nun hofft, mit den Beamten noch so umspringen zu können wie zu Kaisers Zeiten, der irrt sich gewaltig. Die niedersächsische Finanzministerin Breuel will die Lehrer mit einer halben Stunde Arbeitszeitverkürzung abspesen, statt Neueinstellungen sollen in diesem Jahr für die 700 ausscheidenden Kollegen nur knapp die Hälfte

junge Lehrer nachrücken. Aber in Niedersachsen gibt es 13.000 arbeitslose junge Lehrer. Und eine Verjüngung der Lehrerschaft ist dringend nötig, damit die Schüler nicht nur von ihrer Großeltern-generation unterrichtet werden.

Die GEW wehrt sich gegen diesen Tarifbetrug und fordert die volle Arbeitszeitverkürzung und die sofortige Einstellung von 3000 neuen Lehrern. Daß die Forderungen der GEW Unterstützung finden, zeigt sich zur Zeit an einer ganzen Reihe von Neueintritten. Alle Mitglieder sind aufgerufen, in einer Urabstimmung über einen Streik am 6. Juli zu entscheiden.

Mit Unterstützung von Eltern und Schülern werden die Lehrer in einem Streik zeigen, daß sie keine Angst vor Disziplinarverfahren haben, sondern selbstbewußt für sich und ihre Kollegen kämpfen können.

**Mechthild Stark, Göttingen
Jungsozialistin**

Tarifabschluß im Pflegebereich: Der Arbeitskampf hat uns gestärkt

Nach dem Tarifabschluß für die Pflege sprach die ÖTV-Führung von einem historischen Ergebnis. In den Krankenhäusern wird der Abschluß etwas nüchterner und auch zum Teil sehr unterschiedlich beurteilt. Allerdings wurde gemessen an den ursprünglichen Forderungen - mehr erreicht, als viele Pflegekräfte nach vergangenen Tarifrunden erwartet hätten.

Ein Wegfallen der Niedriggruppe Kr. 1 wurde zwar nicht durchgesetzt, dafür aber die bessere Eingruppierung und ein Zeitaufstieg, die verbesserte Bewertung von Pflege mit besonderen Erschwernissen, höhere Schichtzulagen, eine Gleichstellung der Altenpflege mit der Krankenpflege. Für Auszubildende in der Krankenpflege brachte der Tarifabschluß nur eine leichte Erhöhung der Schichtzulagen.

Daß die Arbeitgeber sogar der noch zusätzlich erhobenen Forderung nach Übernahme der Weiterbildungskosten in letzter Minute nachgaben, läßt sich nur mit ihrer Angst vor einem Streik des Pflegepersonals erklären. Die 50.000 Teilnehmer an den bundesweiten Warnstreiks hatten ihre Streikbereitschaft eindeutig demonstriert.

Einen Haken hat die Regelung mit der Weiterbildung: Die Arbeitgeber müssen die Kosten nur tragen, wenn aus ihrer Sicht Bedarf dafür besteht.

Meistens muß die ÖTV und das Pflegepersonal dies durchsetzen.

Angesichts der hohen Streikbereitschaft stellt sich die Frage, warum die ÖTV die ursprünglichen Forderungen relativ niedrig angesetzt hat und ob sie nicht noch mehr hätte rausholen können? „Krankenpflege darf nicht weniger wert sein, als eine Arbeit in einem Autokonzern am Band“, so der baden-württembergische ÖTV-Landesvorsitzende Arndt im März 1989. Eine Krankenschwester im ersten Jahr nach der Ausbildung wird nach diesem Abschluß auch nicht viel mehr als 1700 DM netto bekommen. Welcher Automobilarbeiter in Schicht- und Akkordarbeit verdient schon so wenig? Das Gehalt einer Betriebskrankenschwester bei Daimler-Benz und deren Arbeitsbedingungen bleiben auch nach diesem Abschluß eine Traumvorstellung für das Krankenpflegepersonal, das überarbeitet und unterbezahlt bleibt.

Diese Tarifaufeinandersetzung hat zum erstenmal gezeigt, daß auch in der BRD Schwestern und Pfleger zum Streik bereit sind. Diese neue Stärke muß für künftige Tarifrunden voll genutzt werden.

**Gabi Skirde, Krankenpflege-
schülerin, Jungsozialistin und
ÖTV-Mitglied, Stuttgart**

Arbeitssicherheit Für Menschen harmlos, für Kühe tödlich

In der letzten Ausgabe von VORAN berichtete H.-J. Kaltenbach allgemein über die schlechten Arbeitsbedingungen der Kampfmittelräumer in Privatunternehmen. Der Aachener Kreis Aktiver Gewerkschafter griff das Thema auf und veranstaltete eine Pressekonferenz zur unerträglichen Situation der Beschäftigten der Firma Röhl. Die anwesenden Kollegen entüllten den unglaublich sorglosen Umgang der Firma mit der Gesundheit und dem Leben der Arbeiter:

„Wir arbeiten in normaler Arbeitsleistung, die wir von zu Hause mitbringen. Viele Kollegen (ca. 1/3 der 30 Beschäftigten) klagen über Schmerzen und Dauermüdigkeit; viele leiden unter vergrößerter und verfetteter Leber. Auch andere innere Organe sind betroffen. Heute wissen wir, daß dies Symptome von Phosphorvergiftung sind. Es kommt auch nicht von ungefähr, daß überdurchschnittlich viele unserer Kollegen an Darm-, Magen- oder Lungenkrebs erkranken.“

Der Gewerkschafter des Landes NRW, Hr. Karwas, meint: „Die Gefahr durch das Einatmen der Gase bei sich atzendem Phosphor ist nicht so gefährlich, daß eine ärztliche Untersuchung erforderlich ist. Die Quantität des Phosphors in den gefundenen Proben ist so gering, daß absolut keine Gefahr hiervon ausgeht.“ Jetzt wissen wir sicher, daß alles gelogen war. Wir haben jetzt herausgefunden, daß

die Firma Röhl bereits vor Jahren Entschädigung an den Landwirt Jakob Zintzen zahlen mußte. Seine Kühe waren laut einem tierärztlichen Gutachten an Phosphorvergiftung erkrankt. Der Landwirt sagte uns, er hätte sich schon immer gefragt, was aus den Arbeitern, die noch dichter im Phosphorrauch standen als seine Kühe, geworden sei!

Die Angst um unser Leben ist natürlich noch größer geworden, aber auch unsere Entschlossenheit, für unsere Sicherheit zu kämpfen.

In staatlichen Kampfmittelräumdienst überführen

Der Kampfmittelräumdienst erfüllt eine hoheitsstaatliche Aufgabe. Im allgemeinen spricht man auch nur vom „staatlichen“ Kampfmittelräumdienst. Es ist aber vielfach so, daß Aufträge an private Firmen vergeben werden. Die privaten Firmen interessiert natür-

lich nur das Geld und nicht die Gesundheit der Beschäftigten. Wir befürchten, daß die Diskussion um den EG-Binnenmarkt jetzt benutzt wird, um den Druck auf uns noch zu verstärken. Manche Firma schießt über die Grenze und hofft, Aufträge zu bekommen, wenn sie billig genug ist. Bomben aus dem 2. Weltkrieg sind ja noch genug in ganz Europa. Für 40-50 Jahre reichen die Aufträge bestimmt.

Deshalb unterstützen wir auch die alte Forderung unserer ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz, die privaten Kampfmittelräumdienste in staatlichen Dienst zu überführen. Es gibt auch einiges zu verbessern im staatlichen Kampfmittelräumdienst, aber die Arbeitsbedingungen sind besser dort. Für gleiche Arbeit verdienen die Kollegen ca. 20% mehr als wir und erhalten etwa 200 DM mehr Gefahrentzulage. Wir wollen nicht länger schlechter gestellt sein. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Wir fordern eine sofortige Einführung eines qualifizierten Sicherheitswesens. Eine Sicherheitsfachkraft ist eigentlich vorgeschrieben, die wollen wir auch in unserer Firma sehen!

Wir benötigen dringend eine Ausbildung zum Kampfmittelräumarbeiter, die gibt es bis heute gar nicht. Wir wollen nicht mehr locker lassen und hoffen natürlich auf Solidarität von Kollegen in anderen Bereichen.“



Verkehr Bahn frei!

Ferienzeit, Reisezeit. Im Urlaub wollen wir uns vom Streß bei der Arbeit oder beim Lernen erholen. Und was passiert? Die Urlaubsreise selbst gestaltet sich zu einer Anstrengung. Um sich von ihr zu erholen, gehen wertvolle Urlaubstage verloren.

Auch für diesen Sommer sind wieder kilometerlange Blechlawinen auf den Autobahnen zu erwarten. Bereits Karfreitag 1989 gab es bei schönem Osterseewetter Staus bis zu 100 km Richtung Süden.

Die Alternative, mit der Bahn in den Urlaub zu fahren, stellt sich für viele Familien angesichts horrender Fahrkartenpreise und schlechtem Service gleich gar nicht. Der Massenandrang von Bahnfahrern am „Umweltwochenende“ vom 3./4. Juni 1989, als die 2. Klasse-Rückfahrkarte für eine beliebige Entfernung im Bundesgebiet „nur“ 50 DM kostete, zeigt aber, daß eine Verlagerung der Personenverkehrsströme vom Individualverkehr (82,7%) zum Bahnverkehr (5,6%) und öffentlichen Personennahverkehr (9,3% der Personenkilometer 1988) bei einer Verbilligung der Fahrkarten für den öffentlichen Verkehr oder sogar Einführung des Nulltarifs möglich wäre.

Allerdings würde das allein nicht ausreichen. Wie das „Umweltwochenende“ auch gezeigt hat, war die Bundesbahn mit dem Fahrgastaufkom-

notwendig: Einsatz weiterer Wagen, Neubau von Strecken, wo die bisherigen nicht ausreichen, Neueinstellungen von Personal. Kurz: Es muß das genaue Gegenteil der heutigen Bahnpolitik von Streckenstilllegungen und Personalabbau durchgesetzt werden.

Bahn ausbauen

Aber nicht nur der Service für die Reisenden und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten machen einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs notwendig. Die Umwelt schreit nach einer Beendigung der derzeitigen Verkehrspolitik. Denn trotz Senkung des Schadstoffausstoßes für einen Teil der PKWs (weniger als 6% aller zugelassenen PKW haben einen geregelten Katalysator) sind vor allem die Stickoxidbelastungen wegen steigender Anzahl der PKW und steigender Anzahl von gefahrenen Kilometer angestiegen. Das Wald- und Bäumesterben hält unvermindert an.

Neben der Verlagerung des Personenverkehrs auf die Schiene helfen Tempolimits am besten, nicht nur den

der stetig steigende LKW-Verkehr. Vor 25 Jahren wurden mit der Bahn noch nahezu doppelt so viele Güter transportiert (58,2 Mrd.t.km), wie im Straßenverkehr (32,6 Mrd.t.km). Bis 1986 hat sich der LKW-Fernverkehr verdreifacht (95,9 Mrd.t.km), der Schienengüterverkehr bleibt ungefähr gleich (60,6 Mrd.t.km).

Europäischer Binnenmarkt

Durch den geplanten europäischen Binnenmarkt wird bis ins Jahr 2000 mit einer weiteren Zunahme des Güterverkehrs um 70% gerechnet. Wenn es nach den EG-Bürokraten und den westdeutschen LKW-Herstellern geht, werden diese Lasten auf der Straße transportiert. Verschärfter Konkurrenzkampf unter den Speditionunternehmen wird zu noch weniger Beachtung von Sicherheitsvorschriften und Lenkhöchstzeiten, also zu mehr Unfällen führen. Nach einer bereits beschlossenen EG-Regelung haben sich die offiziellen Arbeitsbedingungen für westdeutsche LKW-Fahrer schon verschlechtert: Sie müssen jetzt im Höchstfall eine Stunde länger (9 Stunden) hinterm Lenkrad sitzen und haben eine Viertelstunde weniger Pause. Ein Richtlinienvorschlag der EG-Kommission zur „Harmonisierung der Geschwindigkeitsbegrenzungen für Nutzfahrzeuge“ bedeutet in Wirklichkeit die Heraufsetzung der Geschwindigkeiten für LKWs. Bisher gilt in der BRD für LKWs ab 2,8t Tempo 80 auf Autobahnen. Nach EG-Vorschlag dürften LKWs bis 12t künftig 100 km/h auf Autobahnen fahren. Auf Außerortstraßen würde die Geschwindigkeit je nach LKW-Typ von 60 und 70 auf 80 km/h erhöht. Doch damit nicht genug. Daimler-Vorstandsmitglied Werner fordert die Einrichtung eines Sonderfonds der EG-Kommission, um alle Autobahnen dreispurig auszubauen und wendet sich gegen die Forderung nach einer Schwerkverkehrsabgabe und gegen LKW-Nachfahrverbote.

In der Schweiz haben ein Nachfahrverbot für LKWs und eine Begrenzung des zulässigen Gesamtgewichts auf 28t (EG: 40t, es gibt Pläne zur Ausweitung auf 42 und 44t) erreicht, daß nur noch 15% der Güter auf der Straße transportiert werden. Allerdings gehen Experten davon aus, daß ein Drittel des Gütertransitverkehrs durch Österreich durch das Ausweichen der LKWs vor der Schweiz verursacht wird.

Österreich

Der Straßengütertransitverkehr durch Österreich ist von 1975 bis 1985 von zehn auf 18 Mio. Jahrestonnen angestiegen. Davon sind 83% EG-innterter Verkehr. Nun soll auch in Österreich unter dem Druck der Bevölkerung ab 1. Dezember 1989 ein Nachfahrverbot für LKWs ab 7,5t von 22.00 bis 5.00 Uhr auf Alpen transit-Autobahnen, in Kärnten auch

Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Scharfe Umweltgesetze. Kontrolle von Produktion, Abfällen, Einhaltung der Umweltschutzbestimmungen durch Belegschaften und DGB-Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.

Bundes- und Landesstraßen gelten. Bisher haben Österreichs Politiker aller Parteien zumindestens in der Öffentlichkeit dem Druck, der von der EG und vor allem von der Bonner Bundesregierung und ihrem Verkehrsminister Zimmermann gegen dieses Nachfahrverbot ausgeübt wird, standgehalten. Falls die EG tatsächlich Vergeltungsmaßnahmen durchsetzen will, werden schöne Politiker-

Viel Güterverkehr wird heute nur durch die Bedingungen des kapitalistischen Konkurrenzkampfs verursacht und könnte vermieden werden.

Wenn die Umwelt nicht weiter in einer nicht wieder gutzumachenden Weise zerstört werden soll, muß die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene absoluten Vorrang in der Verkehrspolitik erhalten. Erst stirbt die Natur, dann der Mensch. Allein



Tanklasterglück in Schonach: Zur Vermeidung solcher und schlimmerer Unfälle ist die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene notwendig.

worte als Gegenwehr nicht ausreichen. Dann wird eine Mobilisierung der Bevölkerung in Österreich und allen EG-Ländern gegen die Brüsseler Verkehrspolitik notwendig.

Für eine Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene ist auch im Güterbereich ein massiver Ausbau des europäischen Bahnnetzes notwendig. Huckepackverkehr, Containerverkehr, Verladebahnhöfe müssen ausgeweitet werden.

Demokratische Planung

Eine Harmonisierung der europäischen Bahnen untereinander muß auch das bürokratische Management der staatlichen Bahngesellschaften beseitigen. Ohne das Fachwissen und die Fähigkeiten der Bahnbeschäftigten im Rahmen einer demokratischen Verwaltung der Bahnen durch Beschäftigte und Benutzer wird es immer wieder zu Fehlplanungen wie der folgenden kommen: Die beiden modernsten Züge der BRD und Frankreich, ICE und TGV, können nicht auf dem Schienennetz des jeweils anderen Landes fahren.

Um eine Verringerung des Güterverkehrs auf das notwendige Maß zu erreichen, müssen die Volkswirtschaften Europas demokratisch geplant und aufeinander abgestimmt werden.

6000 LKWs pusten täglich 60t Ruß in die Alpenluft. In der BRD fallen jährlich 700.000t LKW-Abgase, davor 50.000t Ruß, an. Eine Untersuchung der Prognos AG von 1985 kommt zu dem Ergebnis, daß der Straßentransport im Vergleich zur Güterbeförderung auf der Schiene 8,7 mal energieaufwendiger ist und die Luft 30mal so stark verschmutzt. Es muß nicht erst zu einem LKW-Unfall mit Gefahrgut kommen, damit Leben zerstört wird.

Nach einer Schätzung beziffern sich die gesamtgesellschaftlichen Kosten des LKW-Verkehrs auf jährlich 20 Mrd. DM, nach anderen Schätzungen allein die Umweltschäden des gesamten Straßenverkehrs auf jährlich 60 Mrd. DM. Der PKW- und LKW-Verkehr belastet die Steuerzahler weit mehr als die 4 Mrd. DM Defizit der Bundesbahn.

Gibt es außer dem Profitinteresse von Daimler-Benz und anderen Konzernen noch Argumente, die gegen eine radikale Änderung der Verkehrspolitik sprechen? Es bleibt die Aufgabe der europäischen Arbeiterbewegung, die Bedürfnisse von Mensch und Natur gegen das Profitstreben des internationalen Kapitals durchzusetzen.

Dieter Janssen, Stuttgart Jungsozialist



Wegen steigender Anzahl der PKWs und steigender Anzahl von gefahrenen Kilometern hält die Luftverschmutzung unvermindert an, trotz Katalysator.

men vollkommen überfordert. Viel zu wenig zusätzliche Züge und Personal wurden eingesetzt. Die Folge: die Hälfte der Reisenden in vielen Zügen konnte nur einen Stehplatz ergattern, Beamte an Informationsschaltern hatten vom vielen Auskunftgeben am Sonntagabend keine Stimme mehr.

Um zu verhindern, daß die Reise von Hamburg nach München stehend auf dem engen Gang eines Zugwagens verbracht werden muß und daß die Beschäftigten bis zur körperlichen Erschöpfung arbeiten müssen, ist ein massiver Ausbau der Bundesbahn

Schadstoffausstoß zu verringern, sondern auch Menschenleben zu erhalten. Seit 1. Januar 1985 gilt in der Schweiz 80 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit außerhalb von Ortschaften und 120 Stundenkilometer auf Autobahnen. Auf Landes- und Bundesstraßen waren im ersten Jahr der Geschwindigkeitssenkung 27%, auf Autobahnen sogar 37% weniger Unfallopfer zu beklagen.

Massiver Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, Nulltarif, Tempolimits reichen nicht aus, solange ein weiteres Problem nicht gelöst wird:

Ich möchte



unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte

- VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430

